

o

---

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bezirk Braunschweig

**Bezirksparteitag  
am Sonnabend, dem  
23. März 1991  
Hotel Königshof  
Königsutter**

# SPD 1991

---

## Inhalt

Grußwort Hans-Joachim Vogel	
Grußwort Johann Bruns	
Vorwort Gerhard Glogowski	
Vorläufige Tagesordnung	
Vorläufige Geschäftsordnung	
Bezirksvorstand	
Die politisch-organisatorische Tätigkeit	
Vertretung des Bezirks Braunschweig in Kommissionen, Ausschüssen und Beiräten des Landesverbandes	
Vertretung des Bezirks Braunschweig in Kommissionen, Ausschüssen und Beiräten des Landesverbandes	
Finanzen	
Beitragsmarken	
Einnahmen - Ausgaben	
Mitgliederbewegung 1989 - 1990	
Bildungsarbeit - Seminare des Bezirks	
Bericht der Landesregierung	
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen	
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen	
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten	
Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen	
Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen	
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen	
Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen	
Bericht über die Arbeit der Kommission Strukturpolitik	
Bericht des sozialpolitischen Ausschusses	
Bericht des sicherheitspolitischen Ausschusses	
Bericht des Sportbeirates	
Bericht des Kommunalpolitischen Ausschusses	
Bericht der ad-hoc-Kommission Jugendpolitik	
Bericht der Kommission "Gleichstellung der Frau"	
Bericht der Umweltkommission	
Bericht der Kommission Großraumverband II	
Bericht über die Seniorenarbeit	
Adressen und Anschriften	
Wahlen	Europa '89
	Landtag '90
	Bundestag '90

## Grüßwort



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Euer Parteitag fällt in eine Phase der Neuorientierung, sowohl in Hinblick auf die größer gewordene Bundesrepublik als auch hinsichtlich unserer Partei, die im Mai auf ihrem Parteitag in Bremen einen Führungswechsel beschließen wird.

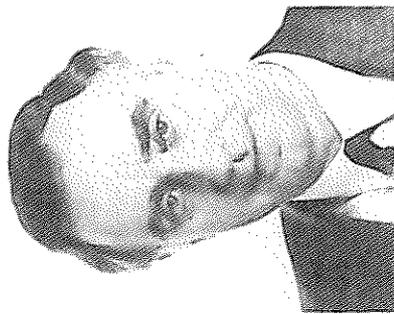
Die erste Gesamtdeutsche Wahl im Dezember 1990 hat nicht das Ergebnis gebracht, mit dem wir die Regierungsverantwortung in Bonn übernehmen konnten. Sie hat aber auch keines der drängenden politischen Probleme gelöst. Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, Überschuldung des Staatshaushaltes, drohende Klimakatastrophe, drohender Verkehrsinfarkt, Verschärfung der sozialen Spannungen auch in den alten Bundesländern und die noch immer andauernde Benachteiligung der Frauen - dies alles sind Probleme, deren Bewältigung vor uns liegt.

Wir haben ein zukunftsorientiertes Grundsatzprogramm, und wir haben sachliche Konzepte zur Lösung dieser Probleme, für die wir um Zustimmung werben, nicht nur im Bundestag, in dem wir praktisch die einzige Opposition sind, sondern auch in den Länderrregierungen und -parlamenten, in den Kommunen und - zuletzt - in jedem einzelnen Ortsverein bei den Menschen in ihrem täglichen Leben. Die jetzt vor uns liegenden Aufgaben werden wir nur in Rückbesinnung auf sozialdemokratische Traditionen wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit bewältigen können. Hierzu gehört in nächster Zeit ein engagierter Wahlkampf in Rheinland-Pfalz und in Hamburg. Hierzu gehört unser langfristiger Einsatz zur Stärkung der Mitglieder- und Organisationsstruktur in den fünf neuen Landesverbänden. Hierzu gehört auch die Geschlossenheit der Partei hinter ihrem im Mai zu wählenden neuen Vorsitzenden.

Unser Vorschlag, Björn Engholm als Vorsitzenden zu wählen, steht sowohl für Kontinuität als auch für Aufgeschlossenheit für neu auf uns zukommende Fragestellungen. Offene Diskussion nach innen und außen erhält uns lebendig, solidarisches Handeln macht uns stark. In diesem Sinne wünsche ich Eurem Parteitag einen guten Verlauf und Eurer weiteren Arbeit viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Euer



## Grüßwort zum Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Braunschweig

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

in meinem Grußwort zu Eurem letzten Bezirksparteitag vor zwei Jahren war ich sicher: "Die niedersächsische SPD hat das Zeug, wählen zu gewinnen." Heute darf ich feststellen: Wir haben die Wahlen gewonnen. Die SPD regiert in Niedersachsen. Und wir machen die bessere Politik.

Schon wenige Monate nach dem Regierungswechsel haben die neue Landesregierung mit ihrem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und die sie tragende Regierungskoalition aus SPD und Grünen die wichtigsten wahlversprechenden niedersächsischen SPD eingelöst. Ich nenne nur die schrittweise Einführung der Lernmittelfreiheit, die Aufhebung der Sparmaßnahmen bei der Polizei, die Schaffung von Kindergartenplätzen, die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern, die Förderung von zehntausend neuen Wohnungen. Niedersachsens Politik hat endlich wieder ein soziales und zum ersten Mal ein ökologisches Profil.

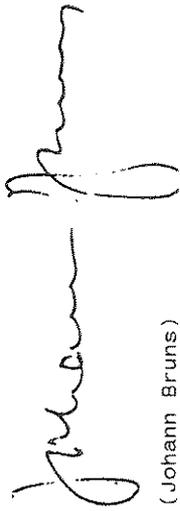
Wir werden die neue Politik in und für Niedersachsen fortsetzen. Und die Menschen werden spüren, daß in unserem Land jetzt eine bessere Politik gemacht wird: Zum Beispiel durch Zuschuss neuer Kindergartenplätze und neuen Kindergartenpersonal sowie durch Vorlage eines Kindergartengesetzes noch in diesem Jahr; durch weitere Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern; durch ein neues Förderprogramm für die Rückkehr von Frauen in das Berufsleben, durch Erhöhung der Zuschüsse für den Bau neuer Wohnungen. Das alles ist für mich die Übersetzung der Begriffe solidarische Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit in die Wirklichkeit.

Wir vergessen dabei nicht unsere Verpflichtung gegenüber den neuen Bundesländern. Niedersachsen zahlt in den nächsten vier Jahren rund 1,3 Milliarden DM in den Fonds "Deutsche Einheit", ab 1995 500 Millionen DM jährlich. Wir gehen von einer Belastung von insgesamt mehr als 15 Milliarden DM aus. Das wird schwer für Niedersachsen, das werden wir spüren im Landeshaushalt und in den kommunalen Haushalten. Doch wir stellen uns der politischen Verantwortung. Denn dieser Beitrag ist die notwendige Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR.

Daß die SPD in Niedersachsen wieder Nummer eins ist, ist vor allem auf die selbstbewußte und beharrliche Arbeit in den Bezirken zurückzuführen. Dafür will ich herzlich danken.

Eurem Parteitag wünsche ich einen lebendigen und erfolgreichen Verlauf.

Euer



(Johann Bruns)

## VORWORT



Liebe Genossinnen und Genossen,

unser diesjähriger Bezirksparteitag findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem die Einheit Deutschlands in wesentlichen Bereichen vollzogen ist. Nun geht es an die Tagesarbeit. Dennoch sei in diesem Vorwort noch einmal erinnert an die Stunden, Tage und Wochen der Freude über den Wegfall der schrecklichen Grenze, die unsere Bewegungsfreiheit zum Osten hin total eingegrenzt hat.

In den abgelaufenen Monaten seit Öffnung der Grenze haben viele Genossinnen und Genossen aus dem Bezirk Braunschweig wesentliche Teile ihrer Kraft eingesetzt, um unseren Freunden im angrenzenden Bezirk Magdeburg zu helfen, der jetzt in den Landesverband Sachsen-Anhalt, aufgegangen ist. Viele Freundschaften sind geschlossen worden, viele Ortsvereine haben Patenschaften. Wir können stolz darauf sein, daß es gelungen ist, uns den Herausforderungen des Zusammenwachsens Deutschlands zu stellen und die Probleme energisch anzupacken.

Dennoch, auch uns holt der Alltag ein. Es geht darum, das wieder zusammenzuführen, was über viele Jahrzehnte systematisch auseinander entwickelt worden ist. Wir werden auch in den nächsten Jahren noch viele Hilfeleistungen zu erbringen haben. Wir werden aber auch engagiert dafür eintreten, daß die neue gewonnene Freiheit auch zur Chance für die Menschen im ehemaligen "Zonenrand" wird.

Die Aussichten für den Frieden in der Welt sind dagegen nicht günstig. Der Golfkrieg versetzt uns alle in Angst und Schrecken. Zu deutlich wird die Möglichkeit, daß die Welt durch die Hand der Menschen untergehen oder aber auf jeden Fall beschädigt werden kann und durch kriegerische Handlungen Tausende von Menschen getötet werden. Eine Mahnung an uns, mit der Kraft des demokratischen Sozialismus für eine freiheitliche und friedliche Welt einzutreten.

In innenpolitischer Hinsicht ist es erfreulich, daß den Republikanern der Einzug in die Parlamente verwehrt worden ist und damit der Rechtsradikalismus zunächst einmal eingedämmt werden

konnte, ohne allerdings beseitigt zu sein. Auch hier bleibt es eine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, dem Rechtsradikalismus und der Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken.

Die SPD hat in den vergangenen zwei Jahren - zum großen Teil erfolgreich - in der Auseinandersetzung um die Wählerinnen und Wähler gestanden. Bei der Europawahl ist es uns wieder gelungen, ein Mandat im Europäischen Parlament - durch Leyla Onur - zu erkämpfen.

Die Landtagswahl hat den von uns erhofften und erkämpften Machtwechsel in Niedersachsen gebracht. Die rot-grüne Koalition hat eine gute Chance, in der gesamten Wahlperiode bis 1994 für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes arbeiten zu können.

Jedoch haben wir nach zwei erfolgreichen Wahlen im geeinten Deutschland die Bundestagswahl verloren, sie hat uns im Bezirk Braunschweig überdurchschnittliche Verluste gebracht.

Gerade angesichts der historischen Situation bei der Herstellung der Deutschen Einheit hat die SPD die Probleme und Sorgen der Menschen nicht aufgegriffen, vielmehr die Chance vertan, an die Erfolge der Politik der 50er und 60er Jahre, als die SPD die Partei der Einheit war, anzuknüpfen und auf unsere Ökopolitik - die Voraussetzung der Einheit Deutschlands war - hinzuweisen.

Bereits das Wahlergebnis von Hessen hat uns vor Augen geführt, daß damit die Sozialdemokratie nicht insgesamt zurückgeworfen worden ist, sondern eine bedeutende Wahl verloren wurde, weil wir die Herzen der Menschen nicht erreicht haben und ihnen nicht Hoffnung für ein geeintes Deutschland vermitteln konnten. Nur so läßt sich auch das schlechte Wahlergebnis in unseren Reihen erklären. Vielleicht haben wir darum im ehemaligen "Zonenrand" in besonderer Weise Stimmen eingebüßt.

Das in der Wahlperiode dieses Bezirksvorstandes vom Bundesparteitag beschlossene neue Grundsatzprogramm hat wenig Resonanz gefunden. Wir müssen in der Arbeit der SPD stärker deutlich machen, daß wir eine an Programmen orientierte, die Probleme der Menschen lösende Partei sind und uns von Grundüberzeugungen leiten lassen.

Eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre ist die Gleichberechtigung von Frau und Mann, der wir uns im Bezirk Braunschweig mit Nachdruck zu stellen haben, um die Defizite der Vergangenheit aufzuarbeiten. Von daher muß es uns bei den Kommunalwahlen 1991 gelingen, nicht nur die Quote zu erfüllen, sondern überall in den Gemeinden, Städten, Großstädten und Landkreisen Frauen an hervorragender Stelle abzusichern und zur Mitarbeit in den Räten und Kreistagen zu gewinnen, auch dort, wo es scheinbar unmöglich erscheint. Dies ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen und - wenn wir wollen - auch gewinnen werden.

Für die SPD des Bezirks Braunschweig ist der Kommunalwahlkampf eine besondere Herausforderung. Mit der neu gebildeten Landesregierung im Rücken haben wir eine gute Ausgangssituation, nicht nur unsere Position zu verteidigen, sondern dazuzugewinnen und stärker zu werden. Das muß unser Ziel sein.

An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei im Bezirk Braunschweig, ein Dank an die vielen ehrenamtlich Tätigen für ihren Einsatz und die Bitte auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem auf dem Parteitag neu zu wählenden Bezirksvorstand. Ich möchte mich für die Unterstützung und Hilfe, die ich während meiner ersten zweijährigen Amtszeit als Bezirksvorsitzender von vielen erhalten habe, herzlich bedanken und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Bernhard Bogowski

## Vorläufige Tagesordnung

des Bezirksparteitages am 23. März 1991 in Königslutter, Hotel "Königshof"

10.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung

Wahl der Versammlungsleitung

Annahme der Geschäfts- und Tagesordnung

Wahl der Mandatsprüfungskommission, des Wahlausschusses und der Antragskommission

Referat: "Was tun?  
Herausforderungen und Aufgaben für die SPD  
in den 90er Jahren"

Referentin: Dr. Herta Däubler-Gmelin

Aussprache zum Referat

Berichte:

a) Bericht des Bezirksvorstandes

b) Bericht der Revisoren

c) Bericht der Mandatsprüfungskommission

d) Aussprache

e) Beschlußfassung über den Bericht der Mandatsprüfungskommission und über den Bericht der Revisoren

Mittagspause

Behandlung von Anträgen

Wahl des Bezirksvorstandes und der Revisoren bzw. der Revisorinnen

Wahl der Schiedskommission

weitere Behandlung von Anträgen

Wahl der Mitglieder des Parteirates

Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag

Schlußwort des Bezirksvorsitzenden

## Vorläufige Geschäftsordnung für den Bezirksparteitag am 23. März 1991

1. Der Bezirksparteitag beschließt die Tagesordnung und wählt:
  - a) die Mandatsprüfungskommission, die aus 5 ordentlichen Delegierten besteht,
  - b) einen Wahlausschuß, der aus 12 Delegierten/Gast-delegierten besteht,
  - c) eine Antragskommission, die Empfehlungen zu den eingegangenen Anträgen erarbeiten soll.
2. Die Beschlüsse des Bezirksparteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
3. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt 5 Minuten. Zur gleichen Sache erhält der Redner höchstens zweimal das Wort. Referenten und Berichterstatter erhalten das Wort außer der Reihenfolge zur sachlichen Berichtigung.
4. Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich bei der Versammlungsleitung einzureichen. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort.
5. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort zu beraten und zu entscheiden. Es darf nur je ein Redner dafür und dagegen sprechen.
6. Anträge auf Schluß der Debatte können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Punkt, für den der Schlußantrag gestellt ist, noch nicht gesprochen haben.
7. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
8. Die Berichterstatter der Antragskommission sprechen als erste zu den bearbeiteten Anträgen. Über Zusatz- oder Änderungsanträge muß zuerst beraten und entschieden werden, bevor über den Hauptantrag abgestimmt wird.
9. Während des Bezirksparteitages gestellte Sachanträge werden nur behandelt, wenn sie schriftlich bei der Versammlungsleitung eingereicht und von mindestens 50 stimmberechtigten Mitgliedern des Bezirksparteitages aus vier Unterbezirken unterschrieben worden sind und der Parteitag der Behandlung zustimmt. Sie sind nur zulässig, wenn sie auf einem Ereignis beruhen, das nach Schluß der Antragsfrist eingetreten ist. (Ende der Einreichungsfrist - 23. März '91, 12.00 Uhr).
10. Die Wahlen erfolgen nach der geltenden Wahlordnung der SPD.

11. Änderungen der Geschäftsordnung und der Tagesordnung während des Bezirksparteitages bedürfen der Zustimmung von mindestens 3/4 der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages.

## Bezirksvorstand

1. Vorsitzender	Gerhard Glogowski
Stellvertreter/in	Ulrike Block Helmut Bosse
Beisitzer/in	Rolf-Dieter Backhauf Dr. Fritz Gautier Irmela Hammelstein Peter Heym Dr. Marianne Horstkötter Peter Kopischke Marion Lau Renate Nosthoff Gert Metell Leyla Onur Erika Stetz Matthias Wehrmeyer
Geschäftsführer	Peter Mart bis 31.12.'90 ab 1. 3. Rolf-Dieter Backhauf
Revisoren	Achim Diethelm Kunigunde Grohmann Günter Ruppert
Schiedskommission	Dr. Jürgen Bräcklein Dr. Willy Boß Elisabeth Thieme
1. Vorsitzender	
Beisitzer	Sigrid Chall + Jochen Pedroß Georg Reckling Renate Strang

## Die politisch-organisatorische Tätigkeit

Dieser Bericht umfaßt den Zeitraum vom 21. Mai 1989 bis 31. Dezember 1990

Gekennzeichnet waren diese Monate durch Wahlkampf vorbereitungen und schließlich die Durchführung dieser Wahlkämpfe. Alles in allem gesehen waren sie für den Organisationsbereich des SPD-Bezirks Braunschweig erfolgreich. Doch dürfen die Wahlerfolge nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zahl derjenigen, die sich in Wahlenthaltung üben, stetig angewachsen ist. Ein erfreuliches Ergebnis nach einem ruhigen Wahlkampf brachte die Europawahl 1990. Leyla Onur wurde mit 44,1 % ins Europaparlament gewählt. Trotz des massiven Einsatzes der Kandidatinnen und Kandidaten und der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer konnte dieser Wahlkampf nicht entscheidend mobilisieren. Das Thema Europa und Binnenmarkt hatte nicht die erhoffte Zugkraft. Das Interesse der Veranstaltungsbesucher hielt sich in Grenzen; übrigens meistens Genossinnen und Genossen. Während sich das Interesse in solchen Veranstaltungen verstärkt auf die Vorgänge in Osteuropa richtete. Die sich dort entwickelnden Vorgänge fanden besonders reges Interesse.

Diese Entwicklung ließ dann auch die gesamte Organisation nicht mehr aus ihrem Bann. Nach nur wenigen Monaten, vom Mai 1989 bis zum November '89, hatte sich die Bevölkerung der damaligen DDR nicht nur Gehör, sondern auch die Freiheit verschafft.

Ein kaum zu beschreibender Ansturm auf unsere Ortsvereine, Unterbezirke sowie die Büros setzte ein. In kürzester Frist bildeten sich Kontakte, Partnerschaften, die zum Aufbau der SDP/SPD beitrugen. Die folgenden Wochen und Monate, ja das gesamte Jahr 1990 standen im Zeichen der Hilfe für die Ost-SPD. Es war nicht nur bewegend, diese Monate mitzuerleben, es spornete die gesamte Organisation zur Mitarbeit und Mithilfe an. Ein wahres Lebenselixier für unsere Partei, deren Organisationssarbeit, aus welchen Gründen auch immer, "dahinlief". Allen möchte ich an dieser Stelle für ihre spontane Hilfsbereitschaft danken. Den Ortsvereinen ebenso wie den Unterbezirken, den hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen sowie vielen Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen und Verbänden, die einfach ihre Mithilfe anboten, spendeten und mithalfen.

Ein Höhepunkt dieser ganzen Aktionen war das Treffen "Nieder-Sachsen-Anhalt" Ende April in Braunschweig. Es war das erste, gemeinschaftlich von den Bezirken Braunschweig / Magdeburg - Halle / Hannover organisierte SPD-Fest in der damaligen Bundesrepublik. Dieser Tag war nicht nur ein voller Erfolg, sondern auch der Auftakt zur Schlußphase des Landtagswahlkampfes mit einem Ergebnis, das unsere SPD nach 14 Jahren Opposition wieder in die Regierungsverantwortung zurückkehrte. Nach dem erfolgreichen Wahlausgang in Niedersachsen richteten sich die Aktivitäten bereits auf die Bundestagswahl im Dezember. Dabei ahnte wohl noch niemand (oder doch?), daß dies der erste gemeinsame Bundestagswahlkampf im vereinten Deutschland sein würde. Denn mit riesen Schritten ging es auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu.

Am 3. Oktober und vielfach bereits am Vorabend hatten Ortsvereine und Unterbezirke zu Veranstaltungen, gemeinsamen Feierlichkeiten zum Begehen dieses denkwürdigen Tages eingeladen. Dieser staatlichen Vereinigung ging am 26. September 1990 die Vereinigung der beiden Parteien aus West und Ost voraus. Für viele, für manche leider nicht, ein berührender Tag. Ein Stück Parteigeschichte, das seinen entsprechenden Platz in der Geschichte der SPD finden wird. Ein kurzer und doch so langer, inhaltsschwerer wie arbeitsreicher, gemeinsamer Weg lag hinter uns. Und ein noch weiterer Weg liegt vor uns.

Ständige Wahlkämpfe in der ehemaligen DDR forderten auch unsere Büros, ihre hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Belasteten die ohnehin nicht immer leichte Arbeit zusätzlich und wurden doch getan mit dem Wunsch zu helfen, aufzubauen, dabeizusein.

Im Herbst sind dann die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl an. Das enttäuschende Ergebnis nach einem intensiven und mit hohem Aufwand geführten Wahlkampf hat auch vor unserem Bezirk nicht Halt gemacht. Viele Gründe für das Ergebnis werden ins Feld geführt. Meine Auffassung ist: Stimmungen auf Parteitag und Wahlveranstaltungen sind eben nur punktuelle Stimmungsbarometer. Die Menschen, "das Wahlvolk", denken und handeln aber anders. Unsere Aufmerksamkeit muß sich wieder mehr auf die Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen der Menschen richten. Ehrlichkeit in der Politik ist gut und gewünscht - ständiges Negieren allerdings scheint abzustoßen.

Zum Schluß meines Teiles dieses Berichtes will ich anmerken: alle Aktivitäten, die aufgezählt wurden, und viele darüber hinaus waren nur möglich durch eine enge und gute Zusammenarbeit mit allen meinen Kolleginnen und Kollegen. In vielen Sitzungen wurden sie diskutiert und vorbereitet, wie sich das für Organisationsarbeit gehört.

Herausheben möchte ich - alle anderen mögen es mir nachsehen - vom Bezirksbüro Brigitte Stewing und Hans-Henning Schridde, die mir einen großen Teil meiner Arbeit abnahmen und es uns, dem Bezirk Braunschweig ermöglichten, partnerschaftlich vom Januar 1990 an mit dem SPD-Bezirk Magdeburg und dann dem späteren Landesverband Sachsen-Anhalt zusammenzuarbeiten, um Hilfe zu leisten. Dieser Dank gilt auch unserem Bezirksvorstand, der mir für diese Arbeit, für dieses Engagement in Magdeburg großes Verständnis entgegenbrachte und mit unterstützte. Nach fast 12 Jahren als leitender Bezirksgeschäftsführer in Braunschweig bin ich nun zum Landesverband Sachsen-Anhalt übergewechselt. Ich hoffe, daß mir, daß uns möglichst viele der gewachsenen Kontakte erhalten bleiben und ich würde mich freuen, hin und wieder auf sie zurückzugreifen zu dürfen.

Peter Mart

## Vertretung des Bezirks Braunschweig in Kommissionen, Ausschüssen und Beiräten des Landesverbandes

### Agrarpolitik

Klaus Klare  
Dr. Ludger Wilstacke

### Schul- und Berufsausbildung

Christa Burbat  
GiuskardEck  
Dr. Peter Eckardt  
Marion Lau  
Renate Möller-Schlafke  
Peter-Jürgen Schneider  
Walter Herrmann  
Peter Heym

### Erwachsenenbildung

Dr. Marianne Horstkötter  
Rolf Hüsing  
Werner Kirschner

### Sport

Werner Kirschner  
Antje Gleichfeld  
Karl-Heinz Mühle  
Wilhelm Schmidt  
Willi Staake  
Richard Schulze

### Wirtschaft und Politik

Prof. Dr. Erhard Forndran  
Dr. Peter Frerk  
Dr. Michael Hamann  
Prof. Dr. Gerhard Himmelmann  
Günter Kasten  
Prof. Dr. Bernhard Kiekenap  
Prof. Dr. Klaus Lompe  
Rolf Miesner  
Dr. Hermann Oetting  
Ernst Pieper  
Prof. Dr. Klaus-Erich Pollmann  
Prof. Dr. Birgit Pollmann  
Dr. Wolf Schmidt  
Herbert K. Schneider  
Erwin Thelen

### Gleichstellung

Peter Heym  
Gertrud Steschulat

## Delegierte - Programm-Parteitag Berlin, Dezember 1989

Ulrike Block, Braunschweig  
Dr. Bernd Rother, Braunschweig  
Dr. Marianne Horstkötter, Gifhorn  
Klaus Eisner, Goslar  
Jürgen Allers, Helmstedt  
Marlene Menne, Osterode  
Uwe Peinz, Peine  
Peter-Jürgen Schneider, Salzgitter  
Petra Dahlke-Knobloch, Wolfenbüttele  
Werner Widuckel-Mathias, Wolfsburg

### Gastdelegierte

Angela Heider, Gifhorn  
Ernst Steschulat, Osterode  
Dr. Christa Westphal-Schmidt, Wolfsburg

## Delegierte - Berliner Vereinigungs-Parteitag, September 1990

Ernst-Otto Banderob, Wolfsburg  
Petra Dahlke-Knobloch, Wolfenbüttele  
Gisela Dittmar, Helmstedt  
Dr. Peter Eckardt, Goslar  
Barbara Frommann, Braunschweig  
Dr. Fritz Gautier, Peine  
Christa Hartz, Osterode  
Werner Nüßler, Gifhorn  
Rudolf Segger, Braunschweig  
Klaus Steffen, Salzgitter

### Gastdelegierte

Heidrun Jokubeit, Salzgitter  
Marco Lamcke, Braunschweig  
Hans Wehking, Helmstedt

#### **SGK-Landesvorstand**

Ulrich Biel  
Rolf Hüsing  
Helmut Bosse

#### **Finanzbeauftragter**

Peter Kopischke

#### **Umwelt-/Abfallproblematik**

Ulrike Block  
Siegmar Gabriel

#### **Energie**

Reinhard Siekmann

### **Vertretung des Bezirks Braunschweig in Kommissionen, Ausschüssen und Beiräten des Parteivorstandes**

#### **Kommission Familie**

Rudi Hauck

#### **Parteischule**

Peter Heym

#### **Programmkommission**

Dr. Marianne Horstkötter

#### **Organisation und Politische Bildung**

bis 31.12.90 Peter Mart  
dann N.N.  
ab 1. 3. Rolf-Dieter Backhauf

## **Finanzen**

Am Ende einer Wahlperiode gilt es Bilanz zu ziehen für den zurückliegenden Berichtszeitraum.

Wir stellen fest: Die Einführung des zentralen Beitragseinzugs hat zu einer Stabilisierung unserer Finanzen beigetragen. Schulden zur Deckung laufender Ausgaben brauchten wir deshalb in den beiden Berichtsjahren nicht zu machen, obwohl die mittelfristige Finanzplanung rote Zahlen erwarten ließ.

Am Ende des Jahres 1990 waren 97 Prozent der Mitglieder für das Einzugsverfahren erfaßt.

Die Beiträge sind nach wie vor wichtigster Eckpfeiler zur Sicherung unserer Finanzkraft. Fast 75 % der Habenseite des Bezirks stammen aus dieser Einnahmequelle.

Einen Anstieg des Beitragsdurchschnitts von Ende 1989 zu 1990 von 7,68 DM auf 8,06 DM konnten wir zwar verzeichnen, aber noch immer liegen wir damit unterhalb des Bundesdurchschnitts.

Auch ist die Zahl der 3-DM- und 5-DM-Zahler geringer geworden, doch noch immer zahlen 20 % unserer Mitglieder 3,00 DM monatlich und 30 % 5,00 DM monatlich.

Diese Zahlen lassen die Frage nach der Beitragsehrlichkeit erneut deutlich werden. Angesichts der aktuellen Diskussion um die Sonderbeiträge zur Hilfe unserer Ost-Deutschen Parteifreunde sollten diese Werte nicht unberücksichtigt bleiben.

Zwei wahrfreie Jahre, 1992 und 1993, bieten sich an, organisatorische und finanzielle Schwachstellen aufzuspüren und zu beheben.

Deswegen ist die Aufgabenstellung für die kommende Wahlperiode klar vorgezeichnet:

- Weitere Stabilisierung der finanziellen Grundlagen unseres Bezirks.
- Die Kampagnefähigkeit der Organisation auf allen Ebenen zu stärken.
- Den Mitgliederbestand zu erhöhen.

Die Mitgliederentwicklung verlief in den Unterbezirken recht unterschiedlich, wie die Statistik an anderer Stelle aufzeigt. Besonders erfreulich ist, daß Gifhorn in den Kreis der Unterbezirke aufgenommen werden konnte, die mehr als 2.000 Mitglieder zählen.

gez. H.-Henning Schridde

## Beitragsmarken

### Anzahl der verkauften Marken und Aufschlüsselung in Prozentzahlen

	1989		1990	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1. Monatsnettoeinkommen	54.665	20,3	52.248	19,7
2. Monatlicher Beitrag laut Finanzordnung				
1. ohne Einkommen	84.649	31,4	80.436	30,4
2. 3,-				
1. 600,- bis 1.200,-	36.967	13,7	35.487	13,4
2. 5,-				
1. 1.200,- bis 1.500,-				
2. 6,- + 7,-				
1. 1.500,- bis 2.000,-	55.733	20,7	57.188	21,6
2. 8,- bis 11,-				
1. 2.000,- bis 3.000,-	35.528	13,2	37.259	14,1
2. 12,- bis 45,-				
1. 3.000,- bis 4.000,-	1.571	0,6	1.814	0,7
2. 50,- bis 100,-				
1. über 4.000,-	269	0,1	355	0,1
2. ab 120,-				

Insgesamt	269.382	100,0	264.787	100,0
	Markendurchschnitt 7,81 DM		Markendurchschnitt 8,06 DM	
	Abrechnungsquote 97,8 %		Abrechnungsquote 96,5 %	
	Beitrags-Bruttosumme 2.102.849,60 DM		Beitrags-Bruttosumme 2.135.145,30 DM	

## Beitragsmarken

	1989				1990					
Unterbezirke	verkaufte Marken Stück	Abrechnung %	Monats- Beitrag je Marke DM	Anteil 3-DM %	Anteil 5-DM %	verkaufte Marken Stück	Abrechnung %	Monats- Beitrag je Marke DM	Anteil 3-DM %	Anteil 5-DM %
Braunschweig	48.538	93,1	9,31	19,4	25,1	47.839	93,2	9,71	18,5	24,6
Giffhorn	22.724	98,0	7,41	19,9	28,8	22.574	95,1	7,55	18,8	28,6
Goslar	32.161	96,6	6,96	23,1	33,7	31.631	95,3	7,16	22,9	32,8
Helmstedt	26.493	101,8	6,89	21,6	33,7	25.718	98,0	7,07	21,4	32,8
Osterode	25.350	102,9	6,82	19,7	42,9	24.274	99,4	7,04	18,8	41,3
Peine	36.121	100,1	6,96	21,6	35,1	36.059	99,8	7,22	20,9	33,5
Satzgitter	27.410	97,5	8,57	19,8	20,7	26.670	98,7	8,83	19,3	24,7
Wolfenbüttel	32.088	94,9	7,37	20,3	35,9	31.733	94,7	7,63	20,7	34,0
Wolfsburg	18.497	99,1	9,77	15,4	21,5	18.289	97,6	10,02	14,3	21,5

Einnahmen		DM	Ausgaben		DM
Goldbestand 1.1.		269.221,30	Personalausgaben		990.340,17
Mitgl.-Beiträge		1.327.950,10	Ltd. Geschäftsbetrieb		229.185,56
WF-/Sondermarken		3.214,00	Innerp. Grem. Arb.		49.733,36
Beitr. Mandatsträger		148.400,00	Öffentlichkeitsarb.		66.506,77
Übersch. aus Vermögen		9.010,72	Wahlen		28.047,36
Übersch. aus Veranst.		—,—	Zuschüsse an Glied.		247.266,90
Übersch. aus Druckschr.		—,—	Sonstige Ausgaben		—,—
Übersch. aus sonst. Tät.		—,—	Goldbestand 31.12.		384.245,11
Spenden		3.301,71			
Zuschüsse von Gliederungen		204.720,00			
Sonst. Einnahmen		29.507,40			
1.995.325,23			1.995.325,23		

### Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 1989

Einnahmen		DM	Ausgaben		DM
Goldbestand 1.1.		384.245,11	Personalausgaben		1.052.973,85
Mitgl.-Beiträge		1.327.179,04	Ltd. Geschäftsbetrieb		252.957,63
WF-/Sondermarken		24.517,90	Innerp. Grem. Arb.		43.278,63
Beitr. Mandatsträger		154.890,00	Öffentlichkeitsarb.		44.294,90
Übersch. aus Vermögen		17.546,76	Wahlen		3.494,33
Übersch. aus Veranst.		—,—	Zuschüsse an Glied.		297.297,00
Übersch. aus Druckschr.		2.913,50	Sonstige Ausgaben		—,—
Übersch. aus sonst. Tät.		—,—	Goldbestand 31.12.		473.868,81
Spenden		4.499,35			
Zuschüsse von Gliederungen		222.220,00			
Sonst. Einnahmen		30.153,49			
2.168.165,15			2.168.165,15		

### Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 1990

# Mitgliederbewegung im Bezirk Braunschweig

UB	31. 12. 1989		31. 12. 1990	
BS	insg.	4.299	4.260	
	m	3.064	3.005	
	w	1.235 = 28,7 %	1.255 = 29,5 %	
GF	insg.	1.970	1.987	
	m	1.516	1.524	
	w	454 = 23,1 %	463 = 23,3 %	
GS	insg.	2.770	2.769	
	m	2.109	2.094	
	w	661 = 23,9 %	675 = 24,4 %	
HE	insg.	2.192	2.185	
	m	1.663	1.648	
	w	529 = 24,1 %	537 = 24,6 %	
OHA	insg.	2.028	2.044	
	m	1.630	1.635	
	w	398 = 19,6 %	409 = 20,0 %	
PE	insg.	3.009	3.016	
	m	2.307	2.300	
	w	702 = 23,3 %	716 = 23,7 %	
SZ	insg.	2.266	2.241	
	m	1.717	1.687	
	w	549 = 24,2 %	554 = 24,7 %	
WF	insg.	2.808	2.779	
	m	2.118	2.083	
	w	690 = 24,6 %	696 = 25,0 %	
WOB	insg.	1.557	1.568	
	m	1.133	1.133	
	w	424 = 27,2 %	435 = 27,7 %	
Bezirk	insg.	22.899	22.849	
	m	17.257	17.109	
	w	5.642 = 24,6 %	5.740 = 25,1 %	
Veränd. absolut:		./ 96	./ 50	

## Stand zentr. Beitragseinzug 4. Quartal 1990

UB	Mitglieder	im Einzug	%
BS	4.255	3.989	93,8
GF	1.987	1.938	97,5
GS	2.762	2.663	96,4
HE	2.186	2.163	99,0
OHA	2.042	2.028	99,3
PE	3.035	3.021	99,5
SZ	2.240	2.215	98,9
WF	2.788	2.611	93,7
WOB	1.573	1.552	98,7
Bezirk	22.869	22.180	97,0

## Bildungsarbeit - Seminare des Bezirks

Die bereits im letzten Bericht beschriebenen Schwierigkeiten, die sich aus der räumlichen Verlagerung der Bildungsarbeit aus der Bezirksgeschäftsstelle ergeben, haben sich im Berichtszeitraum eher vergrößert. Die verloren gegangenen unmittelbaren Kontakte zwischen den Trägern der Bildungsarbeit - Referenten, Teamer, Bildungsobleute und Bildungseinrichtungen auf der einen und dem zuständigen Geschäftsführer auf der anderen Seite, führen zu bürokratischem Mehraufwand und erschweren Konzeption und deren Umsetzung der bezirklichen Bildungsarbeit.

Dem Bericht zugrunde gelegt sind die in den Jahren 1989 und 1990 in den Bildungsprogrammen für den Bezirk Braunschweig und in Zusammenarbeit mit der Politischen Bildungsgemeinschaft Braunschweig durchgeführten Seminare und Tagesveranstaltungen.

	1989	1990
Wochenendseminare	11	5
verlängerte Wochenendseminare	7	4
Tagesseminare	7	6
	25	15

Die Anzahl der 1989 durchgeführten Seminare lag über dem Durchschnitt vergangener Jahre. Die zwei Wahlkämpfe im Jahre 1990 blieben nicht ohne Einfluß auf die Seminaraktivität. Zugenommen hat die Zahl der für Ortsvereine und Unterbezirke durchgeführten Bildungsveranstaltungen. Die durchschnittliche Teilnehmer/innenzahl an den Seminaren bewegte sich zwischen 15 und 18. Wie in den Vorjahren, war der Anteil von Frauen erheblich größer, als er dem prozentualen Anteil an der Parteimitgliedschaft entspricht.

Die Festlegung des Seminarangebotes erfolgte unter den Gesichtspunkten:

1. Die Arbeit der Ortsvereine zu fördern - neue Veranstaltungsformen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Versammlungsrecht und Versammlungsleitung, Betreuung neuer Mitglieder, wie gehen wir miteinander um.
2. Angebot von Schwerpunkten aus der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und
3. den Mitgliedern Weiterbildungsangebote zu machen - Rhetorik, Parteigeschichte, Grundlagen der Kommunalpolitik, Umweltschutz, Wirtschaftspolitik.

Festzustellen ist leider, daß das Thema Bildungsarbeit in der Mehrzahl der Unterbezirke und Ortsvereine kein Thema ist. Symptomatisch dafür waren die Beratungen der Entwürfe für das neue Grundsatzprogramm und das Programm "Fortschritt '90". Eine breite Diskussion ist nicht geführt worden, Seminarangebote wurden nicht angenommen.

In den bevorstehenden wahlfreien Jahren sollte im Bezirk, den Unterbezirken und den Ortsvereinen der Versuch unternommen werden, durch eine gemeinsame Konzeption für eine intensivere Bildungsarbeit im Bezirk Grundlagenwissen über die Programmatik unserer Partei und ihre historische Entwicklung an interessierte Mitglieder zu vermitteln.

Ernst Steschulat

## Bericht der Landesregierung

### Die Politik der neuen Niedersächsischen Landesregierung

Das bestimmende Ereignis des Jahres 1990, das ein Jahr weitreichender welt- und vor allem deutschlandpolitischer Entwicklung war, ist die Vereinigung Deutschlands. Mittlerweile hat sich aber der Eindruck verstärkt, daß wir von der Verwirklichung der Einheit noch weit entfernt sind. Wirklich ist die Einheit noch nicht, jedenfalls dann nicht, wenn man darunter Lebensverhältnisse der Menschen versteht und nicht nur eine Ansammlung von Paragraphen. Um dies zu erreichen, heißt es jetzt, die Kosten der Einheit zu bemessen und sie gerecht zu verteilen. Es zeigt sich, daß die Bundesregierung - aus welchen Gründen auch immer - die Kosten der Einheit völlig unterschätzt hat und nun verzweifelt nach solchen Finanzquellen sucht, die nicht den Verdacht aufkommen lassen, sie habe Wahlversprechen gebrochen.

So nimmt es nicht wunder, daß erneut die 11 alten Bundesländer zur Kasse gebeten werden sollen. Ursprünglich hatte es gehen sollen, daß mit der Einrichtung des Fonds "Deutsche Einheit", in den Niedersachsen bis 1994 1,3 Mrd. DM zahlt, der Beitrag der Länder abgegolten sei. Nun stellt sich heraus, daß die Kosten weit unterschätzt wurden.

Die westlichen Bundesländer sind bereit, sich trotz dieser Umstände auch weiterhin zu beteiligen. Wir dürfen die neuen Länder nicht im Stich lassen. Aber gerade ein strukturschwaches Land wie Niedersachsen war und ist auf Sonderzuweisungen angewiesen. Das sind die Zonenrandförderung, die Strukturhilfsmittel des Bundes, Finanzzuweisungen bei den Gemeinschaftsaufgaben und Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Es ist unstrittig, daß Niedersachsen aufgrund der veränderten politischen Verhältnisse auf einen Teil dieser Zuweisungen verzichten müssen. Einem stufenweisen Abbau der Zonenrandförderung stimmen wir deshalb zu. Aber die Lasten müssen gerecht verteilt werden. Es kann nicht angehen, daß die ärmsten Länder auf Kosten der armen saniert werden.

Wenn ich im Bündnis mit den anderen strukturschwachen West-Ländern wichtige Ressourcen verteidige, so geschieht dies nicht aus Eigennutz, sondern weil ich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Niedersachsen sorgen will. Nur wer die Lebensinteressen der eigenen Bürgerinnen und Bürger sichert, der schafft die Akzeptanz der Menschen für großzügige Hilfe im östlichen Teil Deutschlands und anderswo.

Wir haben uns in Niedersachsen für diese Legislaturperiode viel vorgenommen, von dem wichtige Teile bereits realisiert sind. So ist der Haushaltsentwurf für 1991 zum ersten Mal seit 14 Jahren ein Haushalt, der sozialdemokratische Akzente trägt.

Trotz des engen Spielraumes hat die Landesregierung in nicht einmal einem Jahr gute Arbeit geleistet:

- Das ist zunächst die Lernmittelfreiheit für 230.000 Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen. Den ersten Schritt zur Einführung der Lernmittelfreiheit haben wir bereits im Sommer 1990, zu Beginn des Schuljahres unternommen. Jetzt haben wir für die Jahre 1991 bis 1994 dafür insgesamt rund 260 Mio DM eingestellt.

- Mit dem neuen Haushalt und der Mittelfristigen Planung bis 1994 haben wir nun nicht nur die Mittel für die Anstellung von über 1.000 Lehrern pro Jahr bis 1994 abgesichert, sondern damit auch den von der alten Landesregierung geplanten drastischen Stellenabbau ins Gegenteil gedreht.

- Für die Förderung der Kinderbetreuung haben wir in den Jahren von 1991 bis 1994 insgesamt mehr als 600 Mio DM vorgesehen. Dadurch sollen insgesamt rund 35.000 neue Kindergarten- und Kinderkrippenplätze geschaffen werden.

- Für Pflegekräfte haben wir zusätzlich in den Jahren bis 1994 insgesamt 130 Mio DM eingeplant sowie 480 zusätzliche Stellen in den stationären Behinderteneinrichtungen, 160 neue Stellen in den Landeskrankenhäusern sowie die Verstärkung der Sozialstationen und die Verbesserung der Eingliederungshilfe für Behinderte.

- Die neue Landesregierung hat die Förderung von 60.000 Wohneinheiten bis 1994 beschlossen. Die Förderung von 10.000 Wohnungen wurde bereits im letzten Jahr haushaltsmäßig abgesichert. Weitere 50.000 Wohnungen werden wir in den Jahren 1991 bis 1994 fördern. Bis Ende 1991 werden 25.000 Wohnungseinheiten gefördert werden.

- Insbesondere in der Umweltpolitik setzen wir neue Akzente: Es reicht nämlich nicht aus, Gesetze und Richtlinien zum Schutz der Umwelt zu erlassen. Man muß ihre Einhaltung auch effektiv und streng überwachen. Zu diesem Zweck sind für dieses Jahr für den Bereich der Umweltverwaltung 97 neue Stellen vorgesehen. Darüber hinaus werden in der Wasser- und Abfallwirtschaft unverständige Einsparungsaufgaben der alten Landesregierung aufgehoben. Die Gewerbeaufsicht z. B. wird 29 Stellen des Vorbereitungsdienstes in planmäßige Stellen umwandeln können.

Auch in der Abfallpolitik werden wir neue Wege beschreiten. Z. Z. ist ein neues Landesabfallgesetz in Arbeit, mit dessen Vorlage noch in der ersten Jahreshälfte zu rechnen ist. Darin soll der Vermeidung und Verwertung von Abfällen aus Produktion und Konsum absoluter Vorrang eingeräumt werden. Alle rechtlichen Möglichkeiten sollen ausgeschöpft werden, um auf die Verbrennung von Hausmüll zu verzichten und den Restmüll zu deponieren.

Die neue Landesregierung ist angetreten, die Fehlentscheidungen in der Atompolitik zu korrigieren. Im Rahmen des geltenden Rechts werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Ausstieg aus der Atomwirtschaft zu erreichen. Dazu zählen vor allem die Abschaltung des Atomkraftwerkes Stade, die Beendigung

der Baumaßnahmen am geplanten Endlager Gorleben und die berechnigten Einwände der Niedersächsischen Landesregierung gegen die Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens für Schacht Konrad. Die Umweltministerin hat den Bundesumweltminister darauf hingewiesen, daß das Gesamtprojekt Schacht Konrad noch nicht Gegenstand einer Umweltverträglichkeitsprüfung gewesen ist.

- Für die vieleschichtigen Umweltschutzaufgaben haben wir eigens einen "Ökofonds" geschaffen, der bis 1994 mit 250 Mio DM dotiert ist. Damit sollen vor allem Umwelttechnologien, Energieeinsparung, neue Energieträger und die ökologische Forschung gefördert werden. Aus diesem Ökofonds werden aber auch Darlehen zur Verbesserung der Umweltsituation in kleinen und mittleren Unternehmen vergeben. Hinzu kommen die Mittel des Umweltfonds für Sachsen-Anhalt in Höhe von fast 30 Mio DM.

- Ein weiterer Schwerpunkt unserer neuen Politik liegt in der Herstellung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Die Landesregierung versteht Frauenpolitik als eine Querschnittsaufgabe, die alle gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und ökonomischen Bereiche umfaßt. Deshalb haben wir ein Frauenministerium eingerichtet, für das im Planungszeitraum rund 235 Mio DM zur Verfügung stehen. Auf diese Weise soll Politik gegen eine Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im Berufsleben und für eine gerechte Umverteilung von Haus-, Erwerbs-, Pflege- und Erziehungsarbeit zwischen Frauen und Männern so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden. Zugleich sind die Mittel für Maßnahmen für Beratung und zum Schutz von Mädchen und Frauen in Problemsituationen mehr als verdoppelt und die Haushaltsmittel zur besseren Integration von Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben auf das Siebenfache erhöht worden.

- Auch in der Wirtschaftspolitik, besser gesagt: in der regionalen Entwicklungspolitik, gehen wir neue Wege, indem wir auf eine stärkere Regionalisierung setzen. Regionalisierung der Wirtschaftspolitik bedeutet, daß der vor Ort vorhandene Ideenreichtum in die Wirtschaftsförderungspolitik des Landes eingebunden werden soll. Wenn die Wirtschaft, und das gilt vor allem für die kleinen und mittleren Betriebe, moderner, vielfältiger und wettbewerbsfähiger werden soll, dann muß der vor Ort vorhandene Sachverstand stärker herangezogen werden. Damit erreichen wir die Integration von Landes- und Kommunalpolitik auf einer Ebene, die Effektivität steigert - auf der Ebene der Region. Auch unter europäischen Gesichtspunkten ist dies ein zukunftsweisendes Modell nicht nur der Wirtschaftsförderung, sondern der gesamten Landesentwicklung.

Wirtschaftspolitik, wie wir sie verstehen, wird demnach nicht nur zentral von oben nach unten auf die jeweilige Region wirken, sondern sie soll vor allem dezentral aus den Regionen selbst kommen. Der politische Abstimmungsprozeß soll sich mehr von unten nach oben vollziehen. Wirtschaftsfördernde Maßnahmen sollten daher auch vor Ort gebündelt und besser koordiniert werden.

Die politischen Ereignisse des letzten Jahres haben dazu geführt, daß Niedersachsen von seiner Randlage in das geographische Zentrum der Entwicklung gerückt ist. Diese Drehscheibenfunktion bietet beste Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Niedersachsens, die sich gegenwärtig schon abzeichnet. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die Chance nutzen, diesen Prozeß ökologisch und sozial zu gestalten.

Gerhard Schröder  
Ministerpräsident

## Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Die AFA- und die Betriebsarbeit ist eine Maßgabe, daß durch eine starke Beteiligung der betriebstätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch innerhalb der Betriebe die politische Willensbildung ständig vertreten und auch noch wachsen kann.

Wünschenswerter wäre es, wenn endlich alle Unterbezirke die Beschlüsse des Parteitages von Münster im Jahr 1988 umsetzen würden. Wir haben wieder einmal feststellen müssen, was nützt die beste Arbeit in den Betriebsgruppen, wenn einige Unterbezirke nicht zu dem Beschluß des Parteivorstandes stehen. Für die AFA im Bezirk wären nämlich mehrere Möglichkeiten gegeben, noch intensiver in den Unterbezirken die AFA-Arbeit fortzuführen.

Die AFA im Bezirk konnte sich im Berichtszeitraum über mannigfaltige Arbeit nicht beklagen, waren es doch hauptsächlich Aktionen als Beitrag für Aktivitäten mit den Gewerkschaften, abhängig Beschäftigten und Wahlkämpfe, wo die AFA ihren ständigen Einsatz hatte. Wir erstellten für viele Aktionen eigene Flugblätter und verteilten diese vor den Werkstoren und in den Städten. Wir wollten u. a. alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darauf aufmerksam machen, wie doch sozial ungerecht diese Bundesregierung mit arbeitenden Menschen umgeht. Gerade auf diesem Gebiet werden wir auch in Zukunft den Schwerpunkt unserer Arbeit sehen.

Auf der am 04.11.1989 stattgefundenen Bezirkskonferenz wurden wieder eine Anzahl von Anträgen verabschiedet und an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

Personelle Veränderungen hat es dadurch gegeben, daß Günter Berg aus dem Vorstand ausgeschieden ist. Dem Günter Berg sei von dieser Stelle aus nochmals herzlichst gedankt für seinen aktiven und unermüdeten Einsatz, wenn es um die Belange der Partei und natürlich der AFA ging.

Norbert Schmidt (Salzgitter) wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt, ebenso Elfriede Lehmburg (Peine) als Stellvertreterin und Hinrich Eden-Lux (Braunschweig) für Günter Berg als Stellvertreter neu gewählt. Als Beisitzer gehören dem Vorstand an: Edeltraud Reichenau (Braunschweig), Friedhelm Schuricht (Braunschweig), Irmgard Wöhler (Gifhorn), Werner Franke (Goslar), Werner Kubitz (Salzgitter), Christa Schalk (Salzgitter), Elke Baumann (Wolfenbüttel) und Alfred Smandek (Wolfenbüttel).

Der Bezirksvorstand hat im Berichtszeitraum in der Regel monatlich seine Sitzungen abgehalten. Informationen wurden mit den einzelnen Unterbezirken ausgetauscht und Veranstaltungen koordiniert.

Ihren Beitrag zum Bundestagswahlkampf erbrachte die AFA mit einer Veranstaltung in Braunschweig, die doch sehr erfolgreich verlief.

Durch die Wiederwahl von Norbert Schmidt (Salzgitter) im Bundesvorstand hat es ständig eine aktuelle Berichterstattung im Bezirk gegeben. Ebenso durch Wilfried Seeger (Helmstedt), der den Bezirk Braunschweig im Bundesausschuß der AFA vertritt.

Für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf 1991 wünschen wir uns und der Partei einen fairen Verlauf und selbstverständlich ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Peine, den 04.01.1991

Elfriede Lehmburg  
stellv. Vorsitzende

## Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Bericht über die AsF-Arbeit im Zeitraum 1989 bis 1991 im Bezirk Braunschweig

"Laßt uns schnell machen, damit wir nach Hause kommen, da stehen heute bestimmt weiche vor der Tür", empfahl eine Genossin auf der Bezirkskonferenz in Salzgitter am 11. November 1989. Sie hatte die ungeteilte Zustimmung der Delegierten.

Noch keine 40 Stunden ist die Grenze in Deutschland, ist die Mauer durchlässig. Wir im Bezirk Braunschweig spüren es deutlich. Die Auswirkungen des damaligen Aufstandes halten auch unsere AG ständig in Atem.

"Frauen und der Mut zur Macht" ist unser Konferenzthema. Das Einführungsreferat, eine treffliche Analyse von Rita Crececius, wird in mehreren Arbeitsgruppen behandelt. In der Zusammenfassung ergibt sich eine deutliche Parallele zu Beweggrund und Aufbruch der aktuellen deutsch-deutschen Vorgänge.

Nicht mehr greifende, patriarchalische Machtmechanismen in Familie, Politik, Wirtschaft und im Verhältnis zur Natur müssen verändert werden. Das abgewirtschaftete Männermonopol muß gewaltfrei überwunden werden. Dazu brauchen wir verstärkte Zusammenarbeit aller Friedenswilligen, um allmählich einen kindgerechten Umbau der Industriegesellschaft zu erreichen.

Themenzusammenhängend waren die vorliegenden Anträge. Einer bekannte sich zur Übernahme von Verantwortung an den Bundespolitik. Zwei Kandidatinnen sollten satzungsgemäß bei den fünf Bundestagswahlkreisen abgesichert werden, war die Forderung. Zur Wahl des AsF-Bezirksvorstandes liegen neun Vorschläge vor. Danach sind 2/3 dieses Gremiums neu. Die Vorsitzende Gertrud Steschulat, Osterode, Stellvertreterinnen Ursula Brocke-Pfeiffer, Braunschweig - wie bisher - Heike Markus, Peine - neu.

Beisitzerinnen: Gisela Dittmar, Helmstedt, und Liesel Herbig, Peine - wie bisher, Erna Böhnig-Lehmann, Braunschweig, Rita Crececius, Goslar, Birgit Schmidt, Goslar, Christa Scholz, Salzgitter, und Christina Wiedemann, Wolfenbüttel, - neu, wurden mit der Leitung der Frauenarbeit im Bezirk beauftragt.

In einer schon traditionellen Klausurtagung beriet der Vorstand Zielvorstellungen und Realisierungsschritte. Ist die zunehmende Zahl von Mandatsträgerinnen und Funktionärinnen noch in der Lage, mit AsF-Verantwortlichen die neuen, nachwachsenden Genossen für Parteiarbeit zu motivieren? Welche inhaltlichen und formmäßigen Schwerpunkte müssen neu für die Außerparlamentarische zur Gewinnung neuer, junger Frauen definiert werden? Wie können wir das weibliche Wählerpotential halten beziehungsweise steigern, damit nicht - wie seit langem bei den jungen Leuten - das pragmatische Machertum in der Partei Junge Leute als Wähler und Mitglieder abschreckt. - Diese wesentlichen Fragen führten zu der Antwort: Wir werden mit unseren verantwortlichen Mandatsträgerinnen (öffentlich) Veranstaltungen machen, um ihr Sachwissen an die Frau zu bringen. Beispielsweise mit dem

Kinderbeauftragten Wilhelm Schmidt das Thema Kinderpornographie/prostitution behandeln. Diese im Bundestagswahlkampf durchgeführte öffentliche Veranstaltung hatte bezirksweit guten Zuspruch und Echo.

Die Gespräche zur Vorbereitung und Durchführung mit den in sozialen Institutionen Tätigen hatten positive Aspekte. Wir machten uns sachkundig, die Fachleute waren von unserem Interesse angetan - stellten fest, daß SPD-Positionen sich größtenteils mit ihren Forderungen deckten und nicht zuletzt sind die dabei geknüpften Kontakte dem beiderseitigen Dienst an Menschen von Nutzen.

Das gilt auch für andere Aktionen, die Begegnungen mit Nichtmitgliedern brachten. Um ihre Ziele zu erreichen, wird es in Zukunft sowieso für die Frauen notwendig, sich von Fall zu Fall wechselseitig Unterstützung zu versichern.

Unsere Delegierten zur Bundeskonferenz in Essen im März 1990 - Motto: "Das Ende der Herrenjahre" - forderten in den Anträgen nach Steuergerechtigkeit, Gleichstellung in Wirtschaft und Arbeitsleben, die gerechte Teilhabe für Frauen. Mit gemischten Gefühlen bei der tatkräftigen Unterstützung unserer neuen Genossinnen sahen wir deren Vorteile, von Recht auf Arbeit über Kinderbetreuungseinrichtungen, Straffreiheit bei Abtreibung, immer geringer werden. Schulgeldfreiheit, Plätze für Kinder - langjährige AsF-Forderungen - konnten wir im Landtagswahlkampf mit unseren geeigneten Kandidatinnen/Kandidaten einmal gemeinsam an die Öffentlichkeit bringen. Zu dem Erfolg, der sprichwörtlich viele Väter hat, hat die AsF vor Ort in vielen Aktionen - auch wieder mit "Frauen auf Touren" - redlichen Anteil. Nur der erfolgreiche "Mütter"-zahl - 2 MdLs - liegt dennoch mit 50 % unter dem Mindestanteil. Der Kampf um Platzierung einer Genossin, die im WK 47 für den Bundestag antrat, war vergeblich, demotivierte auch andere Frauen und brachte dem Bezirk Braunschweig die rote Laterne.

Die Zusammenarbeit mit dem Bezirksausschuß war sachgemäß gut, ließ mit unterschiedlicher Beschickung zahlenmäßig zu wünschen übrig. Mit den Ausschlußmitgliedern wurden die Themen und Aktionen zu den Wahlen des Jahres 1990 und den beiden Berliner Parteitagen erarbeitet. In den UBs formierte sich auch die Unterstützung der Genossinnen in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Seminare Selbstverständnis, Genthematik, deutsch-deutsche Frauenproblematik betreffend, fanden regen Zuspruch. Für die Weiterbehandlung der gehaltenen Themen laufen die Vorbereitungen, zusätzlich ein kommunalpolitisches Seminar. Kontakte zu den Jusos hält Heike Markus, zur AWO Rita Crececius, zu den Selbständigen Erna Böhnig-Lehmann. Die Bezirksgleichstellungs-Kommission wird von Gertrud Steschulat - stellvertretende Vorsitzende - Ursel Brocke-Pfeiffer und Gisela Dittmar beschickt. Die Vorsitzende und ihre Stellvertreterinnen, nach Richtlinien Landesausschußmitgliedern, arbeiten außer in diesem Gremium an Projekten, beispielsweise an einheitlichem Material für die Kommunalwahl Oktober 1991 mit. Gertrud Steschulat auch in der Gleichstellungskommission des Landes. Ein Erfolg und

Beweis für langjährige Bemühungen um Fraueninteressen über Parteigrenzen hinweg, war die Wahl Ulrike Block's zur Vorsitzenden des Landesfrauenrates 1990.

Forderungen, deren baldige Realisierung die effektive Weiterarbeit der ASF im Bezirk Braunschweig gewährleistet:

Teilnahme aller Vorstandsmitglieder einschließlich der kooperierten.  
Aktivierung der Frauenarbeit in den nicht oder spärlich vertretenen UB, im Bezirksvorstand, beispielsweise im UB-Gifhorn.  
Im Land die Wiedereinführung des bewährten Listenwahlsystems.  
Im Bund Wahlrechtsänderung zur problemloseren Erreichung von Mandaten. Damit die Münsteraner Satzungsänderung nicht zur Farce wird.

Dank an alle, die Solidarität bewiesen haben. An alle, die mit dazu beitragen, ein überzeugendes Bild der Gesamtpartei darzustellen. Weil wir nur überzeugen - letztendlich - mit dem, was wir leben!

Gertrud Steschulat



33 Kandidatinnen traten zur Landtagswahl 1990 an.  
25 mit Wahlkreis.  
3 hatten einen von der SPD 1986 gehaltenen Wahlkreis.

## Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten

Jusos in der SPD - was wir wollen

Politik ist mehr als Parlamentshudelei und Ratskungelei, Landtagsplenum in Langeweile und Schaukämpfe von Bundestagspolitikern. Politik umfaßt unser ganzes Leben, unsere Arbeit im Betrieb und unser Zusammenleben in der Gesellschaft.

Die Ziele unserer politischen Arbeit sind deshalb an verschiedenen Schwerpunkten ausgerichtet:

- Wir wollen, daß alle, die arbeiten wollen, auch Arbeit bekommen können. Nur durch massive Arbeitszeitverkürzung, durch Verteilung der Arbeit auf alle, kann die Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden.
- Wir wollen Emanzipation in allen Lebensbereichen und deshalb die Gleichstellung der Frau nach Tausenden von Jahren Patriarchat.
- Wir wollen eine Welt, in der Konflikte nicht mehr mit Waffengewalt ausgetragen werden. Deshalb müssen in einem ersten Schritt alle ABC-Waffen abgebaut werden.
- Wir wollen, daß die Entscheidungsgewalt über Fragen der Produktion und der Produktionsverhältnisse demokratisiert wird. Arbeiter müssen gegenüber den Kapitalbesitzern gleichberechtigte Einflußmöglichkeiten bekommen.
- Wir wollen das Elend in den Ländern der Dritten Welt abbauen.
- Wir wollen unsere Industriegesellschaft so umbauen, daß die Umwelt nicht weiter zerstört wird. Die Herstellung langlebiger und umweltfreundlicher Produkte ist teilweise heute schon möglich.
- Wir wollen möglichst vielen Menschen möglichst umfangreiche Bildungsmöglichkeiten eröffnen. Die Reform und Öffnung der Schulen muß weitergehen, und wir brauchen neue Formen der Erwachsenenbildung.

Diese Vorstellungen sind nicht ohne Widerspruch von Machtcliquen, Kapitalgegnern und angepaßten Schichten durchzusetzen. Sie sind nur durchsetzbar, wenn in bestimmten Bereichen die Eigentumsverhältnisse aufgebrochen werden und wenn wir für unsere Ideen eine breite gesellschaftliche Mehrheit mobilisieren können.

Als sozialistischer Richtungsverband wollen wir eine andere Gesellschaft als die, die wir vorfinden, wollen wir, daß sich nicht nach kapitalistischer Profitlogik richtet, was und wie produziert wird, sondern daß hier der gesellschaftliche Bedarf den Ausschlag gibt. Das ist aber nur möglich, wenn riesige privatwirtschaftliche Produktions- und Dienstleistungsunternehmen in die Verfügungsgewalt der Arbeitenden gegeben werden. Es wird

nicht einfach sein, daß schon jetzt und hier die Verhältnisse verändert werden können. Reformen können an vielen Stellen wirklich werden und nicht nur die "Mühsal unseres Lebens erträglicher machen", sondern tatsächlichen Fortschritt bedeuten.

Für unser politisches Handeln sind dabei Ebenen von großer Bedeutung. Einerseits lassen sich Verbesserungen und Reformen sicherlich über parlamentarische Arbeit umsetzen: Die SPD versteht sich als politische Kraft, die in diesem Sinn auf allen parlamentarischen Ebenen arbeitet.

Dies allein reicht aber nicht aus, heißt gesellschaftliche Veränderung doch auch Mitarbeit in außerparlamentarischen Zusammenhängen. Dazu zählt für uns die Friedensbewegung genauso wie eine Elterninitiative, Umweltschutzgruppen und Selbsthilfinitiativen.

Weil diese Gruppen und Initiativen oftmals ungewohnte Arbeits- und Umfangsformen praktizieren, sind sie für eine Gesellschaft, die nicht auf der Stelle treten will, so wichtig. Denn eine Veränderung wird nie von der politischen Mitte, vom Otto Normalbürger, ausgehen, sondern immer von den Querdenkern am linken Rand der Gesellschaft.

Die doppelte Anbindung unserer Politik innerhalb und außerhalb der SPD, in den Parlamenten und genauso in neuen sozialen Bewegungen; denn Veränderung wird nicht ohne Konflikte möglich sein.

Wir Jusos arbeiten dort, wo Mißstände uns unter den Nägeln brennen. In Arbeitsfeldern entwickeln wir Politik, die sich theoretisch wie auch praktisch wechselseitig bedingt, denn nichts ist öder als die schönste Theorie, die nur nie das Licht der Wirklichkeit gesehen hat.



Teilnehmer des Juso-Rhetorik-Seminars mit Karl Heinz Schrader

## Jugend und SPD - zwei Welten?

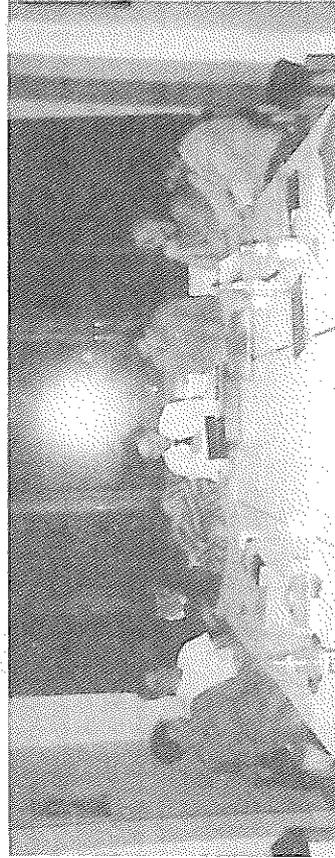
Entgegen allen Absichtserklärungen gelingt es auch der SPD nicht, eine größere Zahl junger Menschen anzusprechen und sie für eine Mitarbeit zu gewinnen. Die derzeitige Altersstruktur der SPD läßt bei gleicher Entwicklungstendenz nur die Prognose zu, daß die Partei sich zu einer reinen Seniorenpartei wandelt. Wenn die SPD weiterhin Volkspartei bleiben will, müssen Interessenlagen jugendlicher wieder stärker zu Inhalten politischer Handlung gemacht werden, um den Kontakt zu dieser Altersgruppe nicht zu verlieren.

Zu diesen, in einem Entwurf vorläufig formulierten Erkenntnissen gelangte eine Arbeitsgruppe der SPD unter Beteiligung von Jusos im Bezirk Braunschweig. Politik kann nicht zentralistisch gesellschaftliche Wirklichkeit steuern. Besserwisseri muß die SPD vermeiden, auch und gerade gegenüber der jungen Generation, die neue Ideen einbringt.

Es gilt, den real existierenden Sitzungssozialismus abzubauen, um wieder zu einer Partei zu werden, in der es einerseits möglich ist, unterschiedliche Zugangsweisen zu Politik zu erproben und umzusetzen, andererseits aber auch die Stärken gemeinsamen Handelns kennenzulernen.

"Die Aufgabe ... der Jugendarbeit besteht darin, daß junge Menschen die notwendigen Voraussetzungen erhalten, sich selbst zu entwickeln, an gesellschaftlichen Prozessen mitzuarbeiten und ihren Standort in Gesellschaft und Staat zu finden", heißt es in den Jugendpolitischen Leitsätzen der SPD Niedersachsen. Auf diesen Grundlagen muß die SPD auf die jugendlichen zugehen, ohne Hochglanzbroschüren und nicht nur mit Podiumsdiskussionen.

Möglichkeiten gibt es hinlänglich. Anstelle der Expertendiskussion könnten regelmäßig Jugendhearings treten. Ratsausschüsse müssen Zuständigkeiten für Interessen der Jugend benennen. Mandatsträger dürfen den Wert einer Einladung nicht mehr an der Zahl anwesender Journalisten messen, sondern auch in Schulklassen kommen. Die SPD kann offensiv werden, beispielsweise in Jugendzentren tagen und auch jugendliche eines Stadtteiles um ihre Meinung fragen.



Gruppenbild der gemeinsamen Türkeifahrt von Jusos und DGB

### Schwerpunkte der Juso-Arbeit im Bezirk Braunschweig

In den vergangenen Jahren haben wir auf Bezirksebene bei den Jusos einige Themen herausgestellt, die im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

Neben diesen bezirksweiten Themen sind die Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften der Jusos natürlich noch zu zahlreichen anderen Themen aktiv. Hier sollen aber die Punkte kurz vorgestellt werden, die eine bezirkswide Bedeutung haben.

### Ausländer

Seit Jahren engagieren sich die Jusos für ein Kommunalwahlrecht für AusländerInnen. Dieses Engagement wird auch der zukünftige Arbeitsschwerpunkt sein.

Wer 18 Jahre alt ist, darf auch wählen. Nur Ausländer dürfen das nicht, weil sie angeblich nicht zum Volk gehören. Die AusländerInnen sind aber Teil der in der Bundesrepublik lebenden Bevölkerung. Daher müssen sie auch ein Teil des Volkes sein, von dem nach Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes alle Staatsgewalt ausgehen soll.

Man muß auch bedenken: 60 Prozent der hier lebenden AusländerInnen leben seit mehr als 10 Jahren hier, 900.000 sind hier sogar geboren!

Es ist kaum einzusehen, warum ausländische Bürger in einer Stadt, obwohl sie schon seit Jahren dort wohnen, nicht das gleiche kommunale Wahlrecht haben sollen wie Deutsche, die möglicherweise erst seit ein paar Wochen in der Stadt wohnen. Aber



Israelische Delegation bei einem Besuch im Bezirk Braunschweig und Berlin

auch in allen anderen Bereichen müssen AusländerInnen die gleichen Rechte bekommen wie Deutsche. Eingeschränkte Rechte nach dem Ausländergesetz darf es nicht mehr geben. Nur so können wir in Zukunft friedlich und menschlich miteinander leben.

Konkret heißt das für die weitere Arbeit im Bezirk, daß die Zusammenarbeit mit ausländischen KollegInnen und insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit weiter aktiviert werden sollen.

### Bildungspolitik

Nachdem Sozialdemokraten die vierzehn Jahre regierenden Konservativen abgelöst haben, bietet sich die Chance, die bildungspolitischen Ansätze, die Anfang der sebziger Jahre geschaffen wurden, wieder aufzugreifen.

Die Braunschweiger Jusos erarbeiten darum derzeit ein bildungspolitisches Konzept, das von der Integrierten Gesamtschule als gleichberechtigte Regelschule ausgeht, projektorientiertes Lernen in den Vordergrund stellt und die Einbeziehung der Schule in das demokratische System des Staates fordert: Unabhängige Schülerpresse, eine Schülervertretung mit politischem Mandat und gleiche Bildungschancen für alle, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Unsere Schule muß eine Schule für alle werden; sie muß imstande sein, die Jugend unserer gesamten Gesellschaft zu bilden. Ausländer gehören zu ihr, Frauen bilden ihre Mehrheit und Behinderte bedürfen der ärztlichen oder sozialen Betreuung, nicht der Isolation.

Neben diesen Themen sind die Bereiche Berufliche Bildung und Hochschulausbildung die Gebiete intensiver Arbeit; dabei muß in der Perspektive die Aufhebung der Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung angestrebt werden.

### Energie und Umwelt

Der rot-grüne Wahlsieg in Niedersachsen hat die Voraussetzungen verbessert, daß das Atomüllendlager Schacht Konrad verhindert werden kann. Doch bedeutet dieser Wahlsieg noch kein automatisches Aus für die Planungen, unsere Region zum Atomüllklo der Nation zu machen. Wir dürfen uns nicht allein darauf verlassen, daß Monika Griefahn und Gerhard Schröder das schon irgendwie richten werden. Wenn die Landesregierung ihr Ziel, Konrad zu verhindern und den Ausstieg aus der Atomenergie in die Wege zu leiten, erreichen will, wird es auch in Zukunft viele außerparlamentarische Aktivitäten für diese Ziele geben müssen. Wir Jusos werden uns also weiter engagieren müssen, auch gegen das Atomüllendlager Morsleben.

Gleiches gilt für das Ziel, keine weiteren Müllverbrennungsanlagen in Niedersachsen zu bauen. Die dafür notwendige Umorientierung in der Abfallwirtschaft muß auch vor Ort erkämpft werden. Für uns Jusos heißt das, daß wir vor allem den SPD-Kommunalpolitikern ordentlich Dampf machen müssen. Besonders im Bereich Umwelt- und Energiepolitik werden wir zur Erreichung unserer Ziele die Zusammenarbeit mit Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen suchen.

## Frauen

Mit dem Beitritt der DDR wird die bundesdeutsche Verfassung solange ihre Gültigkeit beibehalten, bis eine gesamtdeutsche Verfassung vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wird (laut Art. 146 GG). Bisher wurde die Gleichstellung und Selbstbestimmung der Frau trotz entsprechender Artikel nicht verwirklicht.

Für die Frauenpolitik bedeutet dies entsprechende Grundrechte für Frauen in die gesamtdeutsche Verfassung festzuschreiben und diese auch in die Tat umzusetzen.

Die Gleichberechtigung der Frau in Führungspositionen (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft etc.) sowie die Entfaltung der eigenen Lebensweise muß Wirklichkeit werden.

## Antifaschismus

Für die Politik der JungsozialistInnen ist der Antifaschismus eine wichtige Aufgabe. Ziel ist es, rechtsextremen und neofaschistischen Kräften entgegenzutreten. Für die Antifa-Arbeit bedeutet dies zum einen Geschichtsaufarbeitung, zum anderen aber auch Gesellschaftsanalysen sowie Ursachenforschung. Mit diesem Wissen wird es möglich, Alternativen zu entwickeln und weiter zu vermitteln. Dies reicht aber nicht aus. Gesellschaftliche Probleme (Rechtsextremismus ist ein Resultat) werden nicht beseitigt, solange Lösungsvorschläge "nur" diskutiert und bewußt gemacht werden. Dies kann eher als erster Schritt dienen. Das Hauptziel müssen gesellschaftliche Veränderungen sein, die Probleme wie z. B. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot beseitigen.

Muzaffer Perik

## Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen

Im Oktober 1989 hatten wir eine Podiumsdiskussion über die Meridienlandschaft unserer Region.

Es diskutierten ca. 100 Vertreter aus Wirtschaft, Vereinen und Verbänden über die Entwicklung unserer Presselandschaft.

Am 22.08.1990 wählten wir einen neuen Vorstand. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Küttner, Bruno, Braunschweig  
Stellv. Vors.: Hamann, Michael, Prof. Dr., Braunschweig  
Schröder, Willi, Braunschweig

Beisitzer: Bönig-Lehmann, Erna, Braunschweig  
Huhnholz, Claus, Wolfsburg  
Rehwald, Felix, Wolfenbüttel  
Schulz, Ulrike, Helmstedt  
Strübing-Vorderwisch, Wilma, Braunschweig  
Uhde, Achim, Braunschweig  
Wilde, Gerhard, Peine.

Mit dem neuen Vorstand haben wir die SPD in Halberstadt besucht und über die Gründung von selbständigen Existenzen in den neuen Ländern gesprochen.

Mehrere Vorstandssitzungen haben inzwischen stattgefunden. Am 23.04.1991 planen wir eine weitere Veranstaltung zum Thema "Unsere Region im vereinigten Deutschland, über deren Entwicklung und wirtschaftliche Perspektiven für die Zukunft."

Bruno Küttner

## Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Die ASG hat sich 1990 auf Bezirksebene konsolidiert. So konnte der Anteil der aktiv arbeitenden Mitglieder so erhöht werden, daß wieder - wie in der Vergangenheit - Arbeitsgruppen zu speziellen Themen gebildet werden konnten.

Schwerpunktmäßig hat sich die umgegründete Arbeitsgruppe "Krankenhaus und Rettungswesen" mit dem Krankentransportwesen im Großraum Braunschweig beschäftigt. Insbesondere wurden Schwachpunkte im Bereich des Krankentransport- und Rettungswesens in Braunschweig aufgedeckt. Dies hat in der Zwischenzeit dazu geführt, daß Rettungsfahrzeuge auch nachweisbar mit ausgebildetem Fachpersonal besetzt sind und daß sog. "entschärftete Fahrten" entfallen. Dies führt zwar zu Mehrkosten, erhöht aber die Sicherheit der Transporte wesentlich.

Durch den Wegfall der innerdeutschen Grenze ist die ASG auch in den neuen Bundesländern gefordert worden. Insbesondere wurde in Wernigerode mitgeholfen, das Rettungswesen neu zu organisieren. Bei der Umorientierung zum kassenärztlichen System wurden durch ASG-Mitglieder mehrere Info-Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt durchgeführt.

Die ASG hat im Berichtszeitraum sechs Mitgliederversammlungen durchgeführt und sich dabei mit folgenden Themen beschäftigt:

1. Umweltverschmutzung im Bezirk Braunschweig
2. Problematik der Anwendung des § 218 StGB
3. Das Gesundheitswesen in der ehem. DDR und seine Auswirkungen auf die Wiedervereinigung.
4. Möglichkeiten der Gesundheitsfürsorge durch den ambulantlichen Dienst.
5. Pflegenotstand und seine Auswirkung auf die Personalproblematik im Bezirk Braunschweig.
6. Rettungsdienst - Entwicklung und Perspektiven im Großraum Braunschweig.

Die ASG bemüht sich auch in Zukunft, die aktuellen Probleme der Gesundheitspolitik aufzuarbeiten und für unsere Mitglieder politisch umsetzbar zu machen.

Klaus-Dieter Kratz

## Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen

Bilanz der ASJ-Arbeit 1989 - 1991

In den vergangenen zwei Jahren war die Arbeit der ASJ Braunschweig von drei Schwerpunkten geprägt. 1989 wurden die bisher gescheiterten Versuche zur Gründung einer Landesorganisation der sozialdemokratischen Juristen in Niedersachsen fortgesetzt. Die ASJ hat sich 1990 aktiv an den Wahlkämpfen beteiligt und mehrere Veranstaltungen den Rechts- und Justizproblemen der deutschen Einigung gewidmet.

Die Anerkennung der Arbeit der ASJ-Bezirke mündete auf dem "Treffen mit Gerhard Schröder" im Januar 1989 in Braunschweig in den Auftrag von Gerhard Schröder und Gerhard Glogowski, Themen für den rechtspolitischen Teil des Landtagswahlprogrammes zu formulieren, die dann auch wesentliche Grundlage für das verabschiedete Programm wurden. Auf der Basis dieser Vorarbeiten beschloss die Vorstände der vier ASJ-Bezirke - im Laufe des Jahres 1989 hatte sich auch im Bezirk Nordostniedersachsen eine ASJ gegründet - im November 1989 die Gründung einer Landesorganisation. Im Bewußtsein der demokratischen Tradition unserer Partei sollte diese Landes-ASJ auf einer Urversammlung aller ASJ-Mitglieder gegründet werden. Dieser Weg entsprach zwar nicht exakt den Statuten der niedersächsischen SPD, wobei über es auch zu Unstimmigkeiten mit dem geschäftsführenden Parteivorstand kam, führte aber zu einer auch in der Presse vielbeachteten Gründungsveranstaltung am 17.02.1990 in Osnabrück, an der auch die jetzige Justizministerin Heidi Alm-Merk teilnahm. Auf dieser Veranstaltung wurde der nach Absprache der vier Bezirke gebildete Landesvorstand bestätigt. Ihm gehören an: Dr. Werner Holtfort (Hannover, Vorsitzender), Rüdiger Hustedt (NNds., Stellvertreter), Detleff Prellwitz (Weser-Ems, Stellvertreter) und Dr. Helge Wendenburg (Braunschweig, Stellvertreter). Der Vorstand der Landes-ASJ hat inzwischen seine Arbeit in den Bezirken mit der Arbeit der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und den Ministerien der rot-grünen Koalition.

An den Wahlkampfaktivitäten der SPD im Wahljahr 1990 hat sich die ASJ unter anderem mit drei wichtigen Veranstaltungen beteiligt, die sie federführend oder unterstützend vorbereitet hat. Im Rahmen des Wahlkampfes von Rudi Segger fanden Veranstaltungen mit Hertha Däubler-Gmelin und Otto Schily statt, im Rahmen des Bundestagswahlkampfes eine Diskussionsveranstaltung mit Heidi Alm-Merk.

Alle öffentlichen Veranstaltungen 1990 standen unter dem Eindruck der sich anbahnenden und zum 03.10.1990 vollzogenen Einheit Deutschlands. Bereits im Januar 1990 führte die ASJ die erste Veranstaltung zur Situation der Justiz zwischen Stasi und Wende durch und konnte mit dem von der Stasi verfolgten DDR-Kollegen Göllner einen namhaften Kenner der Materie gewinnen. Die Diskussion mit Hertha Däubler-Gmelin drehte sich vor allem um verfassungsrechtliche Probleme der deutschen Einheit und die Frage des besseren Weges. Im November 1990 folgten schließlich zwei Veranstaltungen, die sich den konkreten Problemen des Aufbaus einer rechtsstaatlichen Justiz in Sachsen-Anhalt widmete.

## Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen

Die AFB ist eine auf Beschluß des Parteivorstandes ins Leben gerufene Parteiorganisation, die auf allen Parteebenen die in der Bildungsreform engagierten Sozialdemokraten erfaßt.

Ihre Aufgabe ist es:

- die Interessen und Forderungen der im Bildungsbereich Tätigen in der Partei zum Ausdruck zu bringen.
- die Bürger bei der Lösung der Probleme von Bildung und Erziehung in Elternhaus und Schule zu unterstützen.
- die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit anderen demokratischen Kräften im Bildungsbereich zu fördern.
- die bildungspolitischen Ziele der Partei den Genossen und Genossinnen näherzubringen.

Der AFB, deren Vorläufer die "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer" war, können alle SPD-Mitglieder angehören, die sich für bildungspolitische Fragen interessieren oder sich mit ihnen beschäftigen.

Diese oben genannten Ziele sind zur Zeit noch nicht so einfach zu verwirklichen, weil die Bereitschaft unserer Basis und unserer Funktionsträger weiter abgenommen hat, sich für Bildungspolitik aktiv einzusetzen.

Der amtierende AFB-Bezirksvorstand hatte es sich zur Aufgabe gestellt, den Aufbau in den Unterbezirken voranzutreiben. Leider ist dieses Vorhaben nicht so geglückt, wie es geplant war. Es gab zwar Initiativen zur Gründung von AFBen in einigen Unterbezirken, aber nur in Braunschweig, Salzgitter und Wolfenbüttel existiert unseres Wissens jeweils eine AFB auf Unterbezirksebene. Es ist natürlich möglich, daß auch in anderen Unterbezirken bildungspolitisch gearbeitet wird, doch ist dem Bezirksvorstand davon nichts bekannt geworden.

Da wir, d. h. die SPD, zur Zeit in Niedersachsen in der Regierungsverantwortung stehen, ist zu hoffen, daß den Initiativen zur Gründung neuer Gesamtschulen in Salzgitter und Wolfenbüttel sowie Braunschweig Erfolg beschieden sein wird.

Wir hoffen, daß auch in den anderen Unterbezirken nunmehr AFB-Vorstände entstehen werden, die die Schulpolitik im sozialdemokratischen Sinne weiterbringen, denn die derzeitige Lage der AFB innerhalb der Partei entspricht nicht der Notwendigkeit der Fortentwicklung von Bildung. Die Partei muß wieder erkennen, daß die Zukunft unserer Gesellschaft von der Bildung und Ausbildung unserer Kinder abhängt.

Wolfgang Pein

Bei diesen Diskussionen standen mit betroffenen Richtern und Staatsanwälten aus der ehemaligen DDR, bundesrepublikanischen Kollegen, die in Sachsen-Anhalt arbeiten, und der Justizministerium Heidi Alm-Merk kompetente Gesprächspartner zur Verfügung. Alle genannten Veranstaltungen zeichneten sich durch einen sehr guten Besuch (durchschnittlich über 60 JuristInnen aller Arbeitsbereiche) und ein starkes Presseecho aus, bei dem sich allerdings die Braunschweiger Zeitung gegenüber anderen Blättern deutlich zurückhielt.

Neben den geschilderten Aufgaben haben die GenossInnen der ASJ an der Arbeit ihrer Ortsvereine und Betriebsgruppen teilgenommen. Sie standen und stehen auch für Referententätigkeiten im Bereich des Umweltschutzrechtes, der Kommunalverfassung, des Ausländer- und Asylrechts sowie anderer Bereiche zur Verfügung. In der nahen Zukunft werden die Aufgaben der ASJ bei der Mitarbeit an der Neugestaltung der Niedersächsischen Verfassung, des Polizeirechts und der gesetzgeberischen Tätigkeiten im Bereich des Umweltschutzrechtes liegen.

Für den Vorstand

Dr. Heige Wendenburg

## Bericht über die Arbeit der Kommission Strukturpolitik

Die Strukturpolitische Kommission des SPD-Bezirks traf sich am 11.01.1989 zu ihrer konstituierenden Sitzung. Es wurden dabei folgende Themen behandelt.:

- Reform der EG-Strukturfonds und ihre Auswirkung auf die Region Braunschweig
- Änderung der Bundesdeutschen Regionalpolitik
- Arbeiten der SPD-Bund/Länder-Arbeitsgruppe zur Regionalpolitik
- Bedeutung der Energieversorgung und Abfallpolitik für die strukturelle Weiterentwicklung der Region

Im Rahmen des Europawahlkampfes wurde in Helmstedt eine Veranstaltung mit Dr. D.Sperling, MdB, Vorsitzender der SPD-Bund/Länder-Arbeitsgruppe Regionalpolitik durchgeführt.

Die anderen Themen sollten weiter vertieft werden.

Leider mußten alle anderen geplanten Termine wegen mangelnder Beteiligung und 1990 wegen der deutsch-deutschen Entwicklung abgesagt werden.

Dr. Fritz Gautier

## Bericht des sozialpolitischen Ausschusses

Die sozialpolitische Kommission beschäftigte sich mit aktuellen Themen. Schwerpunkte ihrer Arbeit waren:

### 1. Sozialer Wohnungsbau

Hierzu fand eine Veranstaltung in Wesendorf mit Kommunalpolitikern und zuständigen Verwaltungsfachleuten statt. Als Experte der SPD-Landtagsfraktion stellte der Abgeordnete Axel Plaue unser Wohnungsbauprogramm vor. Dieses war dringend notwendig geworden, weil die Bundesregierung und die ehemalige Landesregierung jahrelang den sozialen Wohnungsbau aufs Abstellgleis gestellt hatten. Erst 1989 und 1990 - also zu Wahlkampfzeiten - hatten sich diese wieder dem Thema zugewandt.

### 2. Bausteine der AWO

Diese Veranstaltung fand in Braunschweig in der Bezirksgeschäftsstelle der AWO statt. Schwerpunkt dieses Abends war, wie weit die Prüfsteine auch für den Kommunalwahlkampf von Bedeutung sein können. Hier waren die Kommunalpolitiker gefordert.

### 3. Kindergärten - Sofortprogramm

Dieses Thema wurde in der Bezirksgeschäftsstelle der AWO Braunschweig vorgestellt und besprochen. Die Errichtung von Kindergärten und Kinderkrippen wird ab 1. Januar 1991 vom Land kräftig gefördert. Mit einem finanziell abgesicherten Programm hat die niedersächsische Landesregierung die Voraussetzungen geschaffen, daß nach der Verabschiedung des Landeshaushaltes der Mangel an Plätzen in Kindertagesstätten schnell und wirksam beseitigt wird.

### 4. Pflegenotstand

Der von der alten Landesregierung hinterlassene Notstand in der Pflege von älteren und behinderten Menschen ist immens. Hierzu fand eine Veranstaltung in Goslar statt. Anwesend waren neben Vertretern der AWO auch der Landtagsabgeordnete Siegmund Gabriel, der Mitglied des Sozialausschusses im Niedersächsischen Landtag ist. Thema der Veranstaltung war: Pflegenotstand und Pflegeversicherung - Skandal ohne Ende.

Marion Lau

## Bericht des sicherheitspolitischen Ausschusses

Der Sicherheitspolitische Ausschuss befaßt sich mit Fragestellungen, die Probleme und Perspektiven der inneren und äußeren Sicherheit behandeln und rechtspolitische Themen aufgreifen. Etwa 35 Sozialdemokraten gehören diesem, sich unregelmäßig treffenden Forum an. Zu den Aufgabenstellungen des Ausschusses gehört, neben der Entwicklung sozialdemokratischer Positionen für die Sicherheitspolitik, auch die Herstellung einer Öffentlichkeit durch Diskussionsveranstaltungen. Angesprochen werden insbesondere die jeweiligen Berufsgruppen, die im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit tätig sind.

Die Zeit vom friedfertigen Aufstand der ehemaligen DDR-Bürger Anfang November 1989 bis hin zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 spiegelte sich, entsprechend den Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik, in den diskutierten Themenkomplexen der Tagungen wider:

23.11.1989 interne Veranstaltung

Themen:

Entwicklung des Arbeitsprogramms für 1990; Diskussion über deutsch-deutsche Situation und deren Auswirkungen auf den Abrüstungsprozeß und die Sicherheitspolitik

01.02.1990

Informationsbesuch bei den Grenzübergängen Grasleben und Helmstedt und Gespräch mit den Angehörigen des Grenzschutzamtes Braunschweig über das "Neue Klima zwischen DDR- und bundesrepublikanischen Behörden".

22.03.1990

öffentliche Veranstaltung und Pressegespräch

Thema:

Die Nato aus Sicht des Warschauer Paktes; Referent war der Botschaftsrat der Botschaft der UdSSR, Herr Platoschkin. Er referierte u. a. über

- die Auswirkungen des deutschen Einigungsprozesses auf Nato und Warschauer Pakt (WP),
- Truppen- und Rüstungskonversion im WP,
- künftiges Verhältnis von Nato und WP,
- Nationalitätenkonflikt in der UdSSR.

30.06.1990

interne Veranstaltung

Themen:

Aufgaben und Perspektiven der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der grenznahen Ausschüsse im Rahmen des Einigungsprozesses mit dem Ziel

- der Koordinierung der Zusammenarbeit,
- der Förderung des demokratischen Erneuerungsprozesses im Sicherheitsbereich der DDR.

10.07.1990

interne Veranstaltung  
Themen:

- Situation der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und des Zolls im Zonenrand nach Wegfall der Grenzkontrollen,
- Koalitionsvereinbarungen in Niedersachsen zu Fragen der Polizei

Klaus-Dieter Kühbacher

## Bericht des Sportbeirates

Auch in der zurückliegenden Arbeitsperiode hat sich der Bezirks-Sportbeirat als ein Kreis interessierter Fachleute erwiesen. Alle haben in ihren Arbeitsbereichen, insbesondere in den kommunalpolitischen Gremien, in den Vereinen und in den Verbänden, intensiv gearbeitet und dabei sozialdemokratische sportpolitische Positionen in die Praxis umzusetzen geholfen.

Die Treffen des Bezirks-Sportbeirats waren geprägt vom Erfahrungsaustausch. Dabei sind auch viele Kontakte zu den Partnern "vor Ort" genutzt und ausgebaut worden. Die Bereisungen sind etwas reduziert worden, sollen aber in Zukunft wieder verstärkt wahrgenommen werden. Höhepunkte der öffentlichen Veranstaltungen waren erneut die "Wolfenbütteler Sportgespräche" und Veranstaltungen in Braunschweig und Salzgitter.

Leider sind die Impulse von seiten des Landes-Fachausschusses und des Bundes-Sportbeirats in letzter Zeit nicht im erhofften Maße ausgestrahlt.

Der Bezirks-Sportbeirat bietet wie bisher auch in den kommenden Zeiten die fachliche Beratung (vor allem in der Kommunalpolitik) an, nach den Möglichkeiten auch verbunden mit öffentlichen Veranstaltungen. Zugleich wird aber erneut dringend angeraten, daß die SPD-Mitglieder sich noch mehr als bisher aktiv in der ehrenamtlichen Arbeit der Vereine und Verbände betätigen.

Wilhelm Schmidt MdB  
Vorsitzender

## Bericht des Kommunalpolitischen Ausschusses

Der Ausschuß setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des kommunalpolitischen Ausschusses:

Braunschweig: Eugen Liebert, Siegfried Rackwitz, Isolde Saalmann

Goslar: Norbert Galka, Norbert Stephan

Helmstedt: Rolf-Dieter Backhaus, Rudolf Riedel

Osterode am Harz: Dr. Wolfgang Domröse, Christa Hartz

Peine: Werner Kirschner, Hans-Peter Ochse

Salzgitter: Georg Obst, Wolfgang Schneider

Wolfenbüttel: Helmuth Bosse, Ute Stockmann

Wolfsburg: Hans-Jürgen Ahrens, Alfred Riebe

Bezirksvorstand: Klaus-Peter Bachmann, Wilhelm Baumgarten, Hiltrud Beyer, Dr. Willy Boß, Gerhard Glogowski, Irmela Hammelstein, Peter Kopischke, Jürgen Lübke, Leyla Onur, Dr. Peter Schroer, Horst Voigt

Weiterhin werden eingeladen: Friedrich-Karl Böttcher, Dr.

Jürgen Bräcklein, Dr. Hendrik Gröttrup

Oberbürgermeister und Landräte: Otto Haberland +, Klaus Homann, Otto-Heinz Ohlendorf, Dr. Jürgen Paul, Werner Steffens, Hermann Struck

Nach dem Bezirksparteitag am 20.05.1989 hat der Bezirksvorstand in einer seiner darauffolgenden Sitzungen den Kommunalpolitischen Ausschuß gebildet. Als Vorsitzende wurde vom Bezirksvorstand Leyla Onur benannt. Im Frühjahr 1990 zog Leyla Onur ihre Bereitschaft, im Ausschuß mitzuarbeiten und den Vorsitz zu übernehmen, zurück. Sie sei aus Arbeitsüberlastung dazu nicht mehr in der Lage. Der Bezirksvorstand beauftragte daraufhin Peter Kopischke, in dem Kommunalpolitischen Ausschuß mitzuarbeiten und für den Vorsitz zu kandidieren.

Wie sich aus der Zusammenstellung ergibt, ist der Ausschuß wie bisher aus Vertretern der Unterbezirke des Bezirks, aus den Oberstadtdirektoren und Oberkreisdirektoren sowie den bisherigen Landräten und Oberbürgermeistern gebildet worden. Damit hat der Bezirksvorstand leider keine Konsequenzen aus den Vorjahren gezogen, in denen - wie den jeweiligen Jahresberichten zu entnehmen war - die Beteiligung zu wünschen übrig ließ, was u. a. mit der Vielzahl der Beteiligten begründet wurde.

Zitat aus dem Bericht 1989: "...denn es macht wenig Sinn, eine große Anzahl von Mitgliedern im Ausschuß zu haben, die dann nicht an der Arbeit des Ausschusses, insbesondere an der Formulierung von sozialdemokratischen Lösungsansätzen kommunalpolitischer Probleme in unserer Region teilnehmen."

Die konstituierende Sitzung des Kommunalpolitischen Ausschusses fand am 22. März 1990 in Bad Harzburg statt. Einstimmig wurde als Vorsitzender Peter Kopischke und als stellvertretender Vorsitzender Horst Voigt gewählt.

In einer regen Aussprache diskutierte der Ausschuß über sein Selbstverständnis und über die Aufgaben, die er für die Zukunft sieht. Aufgabe des Kommunalpolitischen Ausschusses des Bezirks Braunschweig sei es insbesondere, nicht nur den Bezirksvorstand zu beraten, sondern auch eng mit den Kommunalpolitikern auf Ortsebene und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik aktiv mitgearbeitet zu haben. Dies wurde besonders deutlich durch die Teilnahme von Mitgliedern des Ausschusses in den Vertretungsgremien der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

Die Mitglieder des Kommunalpolitischen Ausschusses haben darüber hinaus verschiedene Veranstaltungen der SGK auf Landesebene besucht. Ebenso haben sie regelmäßig an den Sitzungen der Bezirksarbeitsgemeinschaft Braunschweig des Nieders. Städtetages teilgenommen.

Peter Kopischke

## Bericht der ad-hoc-Kommission Jugendpolitik

Auf Beschluß des Bezirksvorstandes der SPD wurde die jugendpolitische Kommission als Ad-hoc-Kommission damit beauftragt, ein Thesenpapier zur Thematik "Jugend und SPD" unter Beteiligung aller befreundeten Organisationen, aber auch unserer Arbeitsgemeinschaften und den Unterbezirken zu erstellen.

Nachdem die Einladung zu einem konkreten Arbeitsauftrag eine große Reaktion innerhalb der Mitgliedschaft ausgelöst hatte, gelang es mit dem engagierten Arbeitskreis innerhalb von vier Sitzungen ein ausformuliertes Beschlußpapier vorzulegen, das dann mit allen Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirken und interessierten Organisationen im einzelnen abgestimmt wurde.

Nach Veröffentlichung im Volksfreund soll nun zur Vorbereitung einer inhaltlichen Arbeitstagung die Diskussion in den Unterbezirken vorangetrieben werden.

Aus diesem Grunde möchte ich Euch bitten, über mich Kontakt zu der Arbeitsgruppe aufzunehmen, damit vor Ort das Papier erläutert und die weitere Vorgehensweise abgestimmt werden kann.

Entgegen allen Absichtserklärungen gelingt es gerade auch der SPD nicht, eine größere Zahl junger Menschen anzusprechen und sie für die Mitarbeit zu gewinnen. Die derzeitige Altersstruktur der SPD läßt bei gleicher Entwicklungstendenz nur die Prognose zu, daß in der ersten Hälfte des nächsten Jahrhunderts die Partei sich zu einer reinen Seniorenpartei wandelt. Wenn die SPD weiterhin Volkspartei bleiben will, müssen Interessenlagen jugendlicher wieder stärker zu Inhalten politischer Handlung gemacht werden, um den Kontakt zu dieser Altersgruppe nicht zu verlieren. Eine unabdingbare Voraussetzung ist das Erkennen und das Eingehen auf gesellschaftliche Veränderungen in den verschiedensten Bereichen und deren Auswirkungen auf die Entwicklung junger Menschen und die sich daraus ergebenden Folgen in unserer Partei. Jugendpolitik muß deshalb für uns eng mit den anderen Politikbereichen verknüpfter Bestandteil politischen Handelns sein. Die SPD wird daher nur für eine Zukunftsperspektive aufbauen können, wenn sie jetzt jungen Leuten die Möglichkeit zur Mitsprache und Mitgestaltung bietet. Unser Konzept ist als konkreter Leitfaden für die praktische und konzeptionelle Umsetzung einer parteibezogenen Jugendpolitik zu verstehen.

### Jugend und Partei

Die SPD hat sich folgerichtig von einer Arbeiterpartei zu einer Volkspartei gewandelt, ohne allerdings auch die Riten der Parteikultur und ihre Strukturen wesentlich zu verändern. Es scheint eine besondere Art von politischer Ironie zu sein, daß ausgerechnet die SPD, die den gesellschaftlichen Fortschritt zu ihrem neuen Grundsatzprogramm zielgerichtet formuliert hat,

5. Die Kluft zwischen Parteiarbeit und parlamentarischer Tätigkeit muß durch die Sicherstellung eines Informationsaustausches, der keine innerparteiliche oder parlamentarische Ebene ausschließt, überbrückt werden, damit ein Informationsstand innerhalb der Partei erreicht wird, der es ermöglicht, dezidiert auf z. B. Bürgerfragen zu antworten oder mit Pressemitteilungen zu reagieren. Mit Hilfe der neuen Informationsmedien kann eine Infrastruktur geschaffen werden, die einen unkomplizierten Informationsfluß ermöglicht.

6. Politisch ist die SPD dezentral strukturiert, organisatorisch ist sie zentralistisch aufgebaut. Die politische Selbständigkeit der Ortsvereine muß auch die organisatorische Selbstbetätigung umfassen, um einerseits den hauptamtlichen Kräften die politische Arbeit, die Koordination des Informationsaustausches, im größeren Umfang zu ermöglichen und um andererseits die Öffentlichkeitsarbeit intensiver betreiben zu können und die Kontaktpflege zu Organisationen, Verbänden, Initiativen im politischen Vorfeld zu verstärken. Gleichzeitig muß die Zusammenarbeit mit diesen gesellschaftlichen Gruppen in Sachfragen für uns selbstverständlich sein.

Entscheidend ist, daß wir unser standardisiertes Arbeitsformat aufgeben und uns verstärkt zugunsten einer offenen Möglichkeit des Nebeneinanders verschiedenster Arbeitschancen öffnen. Es darf nicht sein, daß

- Ortsvereine zwar Berichte über Kommunalpolitik entgegennehmen, aber weder selbst die programmatischen Beschlüsse der Partei zur verbindlichen Grundlage ihrer Arbeit machen noch selbst Kommunalpolitik betreiben. In den Versammlungen wird zwar Kritik an den Handelnden (Ratsmitgliedern und Vorstand) geäußert, ohne daß jedoch darauf bestanden wird, daß diese Kritik Folgen hat. Ortsvereine fordern andere zum Handeln auf, handeln jedoch meist nicht selbst. Das ist der gravierende Unterschied zu Bürgerinitiativen: Die politische Kultur des Selbst-Tuns ist uns weitgehend abhanden gekommen.

- (Junge) Menschen haben dementsprechend oft die Erfahrung gemacht, daß sie ihre Ziele und Interessen effektiver durch aktives Mitmachen in Initiativen und Bewegungen (Jugendhaus, Umwelt, Frauen, Frieden) verfolgen können als im SPD-Ortsverein, da unsere Basisorganisationen nicht vermitteln, daß bei uns etwas getan werden kann. Statt Beschlüsse mit Anforderungen an die regionalen Mandatsträger muß selbst wieder Kommunal- und Regionalpolitik gemacht werden. Wir müssen zumindest die Arbeit der Ortsvereine, wenn nicht gar die Ortsvereine selber nach Interessen strukturieren. Das Interesse unserer Mitglieder an Themen, Projekten und Problemen muß in den Vordergrund treten. "Bürgerinitiativen unterliegen der Erfolgskontrolle. Sie werden sinnlos, wenn sie nur noch um ihrer selbst willen existieren". Ortsvereine gewinnen dann neue Attraktivität, wenn sie projektbezogene Aktionen organisieren,

selbst an einem Traditionsbezug festhält, der bis in die 60er Jahre hinein den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprochen haben mag. Mit den Augen eines gegenwärtigen Zeitgenossen gesehen, besitzt die SPD, wenn von den politischen Aussagen abgesehen wird, den zweifelhaften Charme eines Kleintierzüchtervereins in Bezug auf die traditionsbehafteten Gepflogenheiten parteiinterner Geselligkeit, politischer Kultur und Arbeitsorganisation. Mit dieser Aussage sind nicht die Ziele des demokratischen Sozialismus infragegestellt, sondern nur das Unvermögen, - ob aus Bequemlichkeit, Ängstlichkeit sich mit andersartigen Lebensformen und Arbeitsweisen auseinanderzusetzen, aus Intoleranz oder "Bunkermentalität" sei dahingestellt -, eine offene Parteikultur und offene Parateistrukturen zu schaffen, die es anderen gesellschaftlichen Gruppen der Bevölkerung (also auch Jugendlichen) ermöglicht, in der Partei mitzuarbeiten. Sollte sich in der Partei in dieser Hinsicht gewollt keine Veränderung vollziehen, so müßten trotzdem über kurz oder lang zwei Neuerungen eingeführt werden: eine Quotenregelung nicht nur nach Geschlecht, sondern auch nach Alter und die Anwerbung jüngerer Mandats- und Funktionsträger per Zeitungsannonce in der Rubrik: befristete Stellenangebote. Die politischen Entscheidungen müßten dann jedoch von hauptamtlichen Parteisekretären mit Hilfe demoskopischer Erhebungen zu den jeweiligen Themen und Politikbereichen vorbereitet werden, damit die Existenz der Partei gewährleistet bleibt.

Natürlich ist diese Beschreibung der Parteizukunft übertrieben. Dennoch zeigt sie als gedachter Endpunkt die Richtung auf, in der sich die Partei nicht entwickeln darf. Welche Möglichkeiten hat die SPD, um jetzt entgegenzusteuern?

1. Der Ortsverein, als Basisorganisation der Partei, muß zwei wesentliche Funktionen übernehmen: er muß Bürgerforum werden und er muß das Verhältnis von politischem Anspruch und der tatsächlichen Verwirklichung des erklärten Willens kritisch überprüfen. Der Ortsverein wird so zum Mittler zwischen Bevölkerung und Mandatsträgern.

2. Es muß gewährleistet werden, daß sich die unterschiedlichsten Gremien, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen dem Bürger öffnen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten darf nicht mehr nur die politische Auseinandersetzung im "trauten" Kreis stehen, die zwar das parteiliche Zugehörigkeitsgefühl stärkt, dafür aber jegliche Transparenz für die interessierte Öffentlichkeit vermissen läßt.

3. Für interessierte Experten, Bürger und Jugendliche muß ein organisatorischer Rahmen geschaffen werden, der es erlaubt, deren Kenntnisse und dem Wunsch zur zwanglosen Mitarbeit entgegenzukommen.

4. Die innerparteiliche Kultur des mitmenschlichen Umgangs kann nur noch als ein Element in einer pluralistisch formierten gesamtgesellschaftlichen Kultur betrachtet werden. Sie muß sich wie jede andere Form eines bestehenden Lebensstils oder Lebensanschauung der öffentlichen Kritik und Konkurrenz aussetzen und sich gegebenenfalls einem notwendigen Wandel unterziehen.

die zeitlich begrenzt, trotzdem aber an inhaltlich langfristigen Perspektiven gebunden sind. Es gilt, den real existierenden Sitzungssozialismus abzubauen, um wieder zu einer Partei zu werden, in der es einerseits möglich ist, unterschiedliche Zugangsweisen zu Politik zu erproben und umzusetzen, andererseits aber auch die Stärken gemeinsamen Handelns kennenzulernen. Jugendliche sollten in einem überschaubaren Zeitraum die Möglichkeit haben, aktiv zu werden, ohne damit schon in Organisations- und Gremienzusammenhänge gezwungen zu werden. Das Erleben dieser Politikform und Arbeitsweise kann den Jugendlichen Erfahrungen ermöglichen, die zu weiterer Mitarbeit anregen. Sinnvoll ist daher die Verständigkeit auf Aktionsformen, die eine gemeinsame praktische Umsetzung eines politischen Zieles fördern und gemeinsames Handeln von verschiedenen Zugängen her erlebbar machen. Hierbei müssen vor allem neue Formen der Vermittlung von politischen Inhalten ausprobiert und entsprechende Symbole benutzt werden. Experimente sind zu fördern und neue Medien sind zu benutzen.

Ziel dieser Jugendpolitik ist, daß die Anliegen, Wünsche und Forderungen junger Menschen in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen ernst genommen werden, gleich in welcher Form diese artikuliert werden. "Die Aufgabe ... der Jugendarbeit besteht darin, daß junge Menschen die notwendigen Voraussetzungen erhalten, sich selbst zu entwickeln, an gesellschaftlichen Prozessen mitzuarbeiten und ihren Standort in Gesellschaft und Staat zu finden" (Jugendpolitische Leitsätze der SPD in Niedersachsen).

Entscheidend ist dabei,

- daß wichtige Vorhaben im kommunalen Bereich in Forumsveranstaltungen ohne politische Eingrenzung zur Diskussion gestellt werden;
- daß Funktionäre und Mandatsträger sich Zeit für Gespräche mit Jugendlichen nehmen und auf sie zugehen und nicht nur warten, daß sich Jugendliche melden. Nach dem Munde reden ist bei jungen Menschen noch verhängnisvoller als sonst; sie durchschauen uns sofort und können uns dann nicht mehr ernst nehmen;
- regelmäßige Kontakte mit den am Ort bestehenden Jugendverbänden gepflegt werden. Gespräche mit den örtlichen Schülervertretungen, mit Jugendvertretungen in den Betrieben und mit der Gewerkschaftsjugend sind regelmäßige Aufgaben von Ortsvereinsvorständen. Zuhören ist dabei am wichtigsten. Vertreter der Jugendverbände sollten als Gäste zu allen Veranstaltungen eingeladen werden;
- daß die SPD keine qualitative Unterscheidung zwischen organisierten Jugendlichen (Jugendverbände), informell organisierten Jugendlichen (in Jugendzentren, in Selbstinitiativen) und unorganisierten Jugendlichen (soziologisch klassifiziert als Schüler, Auszubildende, Studenten, junge Arbeitnehmer) vornimmt;
- daß wir junge Funktions- und Mandatsträger vorweisen können.

Es sollte selbstverständlich sein, daß in der SPD auch Mitglieder unter 30 Jahren Funktionen und Mandate wahrnehmen können. Das hat zur Voraussetzung, daß in unseren Ortsvereinen jüngere und ältere Mitglieder mit unterschiedlicher politischer und Lebenserfahrung gleichrangig und gleichberechtigt zusammenarbeiten. Das altväterliche Gehabe, nach dem Muster: "Mach Du erst mal meine Erfahrungen" stößt junge Leute ab. Für Funktionen und Mandate ist Kompetenz notwendig. Deshalb sind Bildungsangebote für unter 30jährige auszuweiten (insbesondere für junge Genosseninnen).

Zusammenfassend gilt:

Die SPD muß auf die Jugendlichen zugehen und das direkte Gespräch suchen. Keine Hochglanzbrochüren, keine Kulturveranstaltungen, keine Expertendiskussionen können, wie es die letzten Jahre zeigen, einen Jugendlichen zur Mitarbeit verführen. Nur über den persönlichen Kontakt, nur über die zwangs- und vorbedingungslose Einbindung in die politische Arbeit und nur durch die Übertragung von Verantwortung kann langfristig die Jugendarbeit der SPD Erfolg haben. Angesichts der oben skizzierten Situation erscheint es daher sinnvoll, wenn in den Vorständen ein Mitglied benannt wird, das für die Jugendarbeit verantwortlich ist.

- Der Bezirk veranstaltet im Herbst für die Jugendbeauftragten der Ortsvereine und Mitglieder der ad-hoc-Kommission ein Seminar zu Jugendsozialisation, Kultur-, Politik- und Gesellschaftsbild der heutigen Jugend. Jugendpolitik erhält einen wichtigen Stellenwert im Kommunalwahlkampf '91. Über eine "Jugendquote" muß diskutiert werden.

In der Hoffnung, daß Euch diese wenigen Kostproben reizen, Kontakt mit uns aufzunehmen, hier noch die Kontaktadresse:

Matthias Wehrmeyer  
Wittekindstraße 10  
3300 Braunschweig

Tel. (05 31) 5 37 94

## Bericht der Kommission "Gleichstellung der Frau"

Die Kommission konstituierte sich am 8. Januar 1990.

Vorsitzender: Peter Heym

Stellvertreterin: Gertrud Steschulat

Weitere Mitglieder: Rolf-Dieter Backhauf, Ursel Brocke-Pfeiffer, Gisela Dittmar, Matthias Wehrmeyer

Arbeitschwerpunkte waren:

- Quotierung der Bezirksliste zur Bundestagswahl
- Quotierungsumsetzung bei der Kommunalwahl

### Bundestagswahl:

Die Quotierung der Bezirksliste zur Bundestagswahl gestaltete sich aus zwei Gründen schwierig:

1. In vier von fünf Wahlkreisen kandidierten ausschließlich Männer. Allein der Wahlkreis 47, Goslar, nominierte für seine Konferenz eine Frau und einen Mann.
2. Der Landesvorstand erneuerte seinen Beschluß, grundsätzlich Direktkandidatinnen und -kandidaten auf der Landesliste vorrangig abzusichern.

Nachdem feststand, daß alle Wahlkreise des Bezirks männliche Kandidaten gewählt hatten, ergab sich für eine quotierte Bezirksliste nur noch die Möglichkeit der Absicherung einer Kandidatin ohne Wahlkreis.

Dazu war aber die Unterstützung der anderen niedersächsischen Bezirke notwendig. Da in allen anderen Bezirken die Listenquotierung erreicht wurde (ebenso auf Landesebene, auch ohne den Bezirk Braunschweig), bestand kein Interesse an der Änderung des o. a. Grundsatzes.

Die Gleichstellungskommission hielt es daher nicht für sinnvoll, weil aussichtslos, der Bezirkskonferenz zu empfehlen, eine Kandidatin ohne Wahlkreis vor den Direktkandidaten abzusichern. Der Bezirk Braunschweig ist heute, nach der Bundestagswahl, ausschließlich durch Männer vertreten.

Jeder Wahlkreis ist für 1994 aufgerufen, die Quotierung zu ermöglichen.

### Kommunalwahl:

Laut Wahlordnung § 4 Abs. 1 haben alle Organisationsebenen satzungsmäßige Vorkonferenzen zu treffen, um zu erreichen, daß Frauen und Männer quotiert in den kommunalen Vertretungskörperschaften vertreten sind.

Da nach dem gültigen Wahlgesetz bei Kommunalwahlen keine Listenplatzmandate vergeben werden können, bleibt den entsprechenden Parteigliederungen nur die Möglichkeit der Wahllistengestaltung. Spitzenplätze auf den Wahllisten erhöhen die Wahlchancen, daher schlug die Kommission dem Bezirksvorstand folgende Formulierung in den Richtlinien "Aufstellung der Kandidaten/Kandidatinnenlisten" vor (inzwischen verabschiedet):

"Die Wahlvorschläge haben die Geschlechter bei Platz 1 und 2 abwechselnd zu berücksichtigen.

Für die Wahlgebiete ist bei den Wahlvorschlägen sicherzustellen, daß Frauen und Männer zu mindestens je einem Viertel (ab 1994: Drittel; ab 1998: 40 %) vertreten sind. Dabei ist das Ergebnis der letzten Kommunalwahl hinsichtlich der erreichten Mandate zugrunde zu legen.

In Gebieten mit mehreren Wahlbereichen sind die Spitzenplätze zu je einem Viertel (nach 1994: Drittel; ab 1998: 40 %) mit Frauen/Männern zu besetzen.

Es ist anzustreben, die gesetzliche Höchstzahl an Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen."

Die Kommission sieht bei der Verwirklichung dieser Richtlinien auf allen Ebenen eine Möglichkeit, die Chancen der Frauen zu erhöhen, ist sich aber bewußt, daß es nicht die einzige ist.

Weitere Themen konnten nicht bearbeitet werden.

Die Kontinuität und damit Effektivität der Kommissionsarbeit litt erheblich unter der Schwierigkeit

a) Sitzungstermine zu finden, die die Teilnahme aller Mitglieder der erzmöglichen konnte

b) den Informationsfluß zu den Unterbezirken gestalten zu können.

Für die zukünftige Arbeit der Gleichstellungskommission sollte geprüft werden, ob es nicht sinnvoller wäre, wenn zu a) Sitzungen in Form von Halbtagsveranstaltungen stattfinden und zu b) alle Unterbezirke an der Arbeit beteiligt würden.

Ich danke allen Kommissionsmitgliedern für ihre Mitarbeit.

Peter Heym

## Bericht der Umweltkommission des SPD-Bezirks Braunschweig

Auf Beschluß des Bezirksvorstandes wurde eine Kern-Gruppe zu Umweltfragen eingesetzt, die effektiv die jeweiligen vom Bezirksvorstand erteilten Aufgaben erledigen sollte, jeweils um die dafür geeigneten Fachleute anzureichern. Diese Kommission hat sich konzentriert auf zwei Arbeitsschwerpunkte, die durch die politische Lage vorgegeben waren.

### 1. Umweltkompetenz des künftigen Großraumverbandes

Direkt nach der gewonnenen Landtagswahl hat die Umweltkommission zur Vorbereitung für die Koalitionsverhandlungen ökologische Ziele für das einzubringende Großraumverbandsgesetz diskutiert, formuliert und in den Entwurf der Kommission Großraum eingebracht.

In dem künftigen Großraumverband soll die Vorsorge im Bereich des Umweltschutzes besonders herausgestellt werden, z. B. Wasserversorgung, Bodenschutz. Der Großraumverband soll seine Raumordnung an ökologischen Zielen orientieren und federführend für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung sein, soweit sie regionale Auswirkungen hat. ÖPNV für die Region Braunschweig und regionale Abfallwirtschaft sollten die wichtigen Aufgaben des Großraumverbandes sein.

### 2. Verkehrskonzept für die Region Braunschweig

Als vordringliche Aufgabe nach Öffnung der Grenze sieht die Umweltkommission die Verkehrssituation an. Die Einbindung der Schiene in ein künftiges Verkehrskonzept hat dabei erste Priorität. Deshalb beschließt die Kommission ein verkehrspolitisches Forum zu veranstalten, zu dem eingeladen werden sollen: MdEP, MdBS, MdLS, Verantwortliche in den Kommunalfraktionen und in den Verwaltungen, Verkehrsclubs, Gewerkschaften, IHKn, Umweltverbände aus den Bezirken Magdeburg und Braunschweig.

Ziele der Veranstaltung sind:

- Information sozialdemokratischer MandatsträgerInnen
- Formulierung verkehrspolitischer Schwerpunkte unter ökologischen Gesichtspunkten.

In mehreren Sitzungen bereitete die Kommission das Forum vor, das gemeinsam vom SPD-Bezirk und der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament am 06.07.90 in Braunschweig durchgeführt wurde. Etwa 120 Personen aus den vorgesehenen Institutionen nahmen teil. Es wurde eine Dokumentation zusammengestellt, damit die weitere konkrete Verkehrspolitik des Bezirks auf diesen Erkenntnissen aufbauen kann.

Ulrike Block

## Bericht aus der Braunschweiger Zeitung vom 10.07.90

### Diskussion über Verkehrssituation in der alten Grenzregion

#### "Ökologische Zwänge werden zunehmen"

Braunschweig (bl). Die verkehrspolitische Situation in der Region Braunschweig, aber auch in der Nachbarregion Magdeburg hat sich nach der Öffnung der Grenze zwischen Bundesrepublik und DDR drastisch verändert. Die verkehrspolitischen Fragen der Zukunft waren Thema eines Forums, zu dem der SPD-Bezirksverband Braunschweig und die Europaabgeordnete Leyla Onur (SPD) Fachleute aus Ost und West eingeladen hatte.

Das Eingangsreferat von Dr. Gerd-Axel Ahrens aus dem Umweltbundesamt machte deutlich, daß auf die Verkehrspolitik in Zukunft immer mehr ökologische Zwänge zukommen. Es zeichne sich ab, so Ahrens, daß bei einem weiteren ungebremsten Ansteigen des Verkehrsaufkommens auf der Straße die Belastbarkeitsgrenze der Umwelt deutlich überschritten werde. Zum Teil sei dies schon heute der Fall.

Die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer war sich darin einig, daß eine verstärkte Förderung öffentlicher Verkehrsmittel dringend geboten ist, insbesondere auch im grenzüberschreitenden Verkehr. Der Personen- und Güterverkehr müsse verstärkt auf die Schiene verlagert werden.

Die Konferenzteilnehmer forderten von den verantwortlichen Politikern, möglichst bald eine Verkehrs-Gesamtkonzeption vorzulegen, die die vorhandenen Straßen- und Schienenverbindungen einbeziehe. "Wenn wir die Verkehrsinfrastruktur nicht schnellstens verbessern", so ein Redner, "wird die notwendige wirtschaftliche Entwicklung der DDR um Jahr verzögert." In diesem Zusammenhang verwies er auf zahlreiche Verbindungen von Betrieben der Region Braunschweig zur DDR sowie auf die Notwendigkeit, die der Fremdenverkehr und die zu erwartende Reiselust der DDR-Bürger mit sich brächten. Um die angespannte Verkehrslage im grenznahen Raum möglichst schnell zu entlasten, müsse auch an eine übergangsweise Erleichterung von Planungs- und Raumordnungsverfahren gedacht werden, meinte ein anderer Teilnehmer.

## Bericht der Kommission Großraumverband II

Wir werden ihn wiederbekommen! Den Verband Großraum Braunschweig, der 1976 als erster Großraumverband von der damaligen CDU/FDP-Koalition in Niedersachsen unter Ministerpräsident Albrecht aufgelöst wurde.

Nach dem Verband Großraum Hannover war der Verband Großraum Braunschweig der zweite Verband, der in der Region und für die Region Braunschweig stadt- und kreisübergreifend regionale Aufgaben der öffentlichen Hand wahrnehmen sollte.

Zugegeben, wahrscheinlich ist der Verband bei seiner Gründung mit zu großen Erwartungen befrachtet worden. Viele von uns sahen damals ein regionales Bewußtsein, das vielleicht auch in Ansätzen vorhanden, aber wohl doch nicht tragfähig genug war.

Eines allerdings ist ohne Zweifel: die offensichtlichen Fehler, die bei der ersten Gründung des Verbandes begangen wurden, rechtfertigten niemals seine vollständige Auflösung. Den Verband Großraum Hannover aufzulösen, getraute sich dann auch nicht die damalige Koalition von CDU und FDP und die Niedersächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Albrecht. Der Hannöversche Verband wurde lediglich zurückgeschnitten und streng auf wenige Aufgaben begrenzt.

15 Jahre hat die Region Braunschweig verloren. 15 Jahre, die sicherlich ausgereicht hätten, den ersten Verband "einpendeln" zu lassen.

Schon vor 15 Jahren war es notwendig, daß der Verband die Aufgabe der Regionalplanung durchführen mußte. Die schon damals vorhandene und inzwischen stärker gewordene Verzahnung der Gebietskörperschaften, die zum Verband gehörten und künftig wieder gehören sollen, erforderte eine einheitliche Regionalplanung. Diese Aufgabe hatte der erste Verband in den Jahren seines Bestehens auch erfolgreich bewältigt.

Niemand kann bestreiten, daß der Verband GroßraumBraunschweig I in den wenigen Jahren seines Bestehens außerordentlich erfolgreich bei der Lösung der ihm auferlegten Aufgabe gewesen ist, Einrichtungen der Naherholung und des Fremdenverkehrs mit überregionaler Bedeutung zu schaffen. Augenfälligstes Beispiel hierfür ist die Gesamtanlage des Tankumsees im Landkreis Gifhorn. Als nächste Aufgabe hatte sich der damalige Verband die Schaffung einer gleichartigen Anlage am Eixer See, Landkreis Peine, vorgenommen. Entsprechende Vorarbeiten waren bereits angefallen. Der Ausbau von Wanderwegen im Elm, im Dorn und weiteren Waldgebieten im Verbandsgebiet sollte nicht unerwähnt bleiben.

Vorarbeiten für einen das Verbandsgebiet umfassenden Personennahverkehr waren auf der Grundlage von Gutachten abgeschlossen.

Der totale Stop aller Maßnahmen zur Einrichtung eines regionalen öffentlichen Personennahverkehrs hat die braunschweigische Region gegenüber anderen Regionalverbänden am weitesten zurückgeworfen.

Mit rd. 1 Mio. Einwohnern hat die Region Braunschweig die gleiche Einwohnerzahl wie die Region Hannover. Allerdings ist das braunschweigische Verbandsgebiet mit den Städten Braunschweig, Salzgitter und Wolfenbüttel sowie den Landkreisen Gifhorn, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel rd. doppelt so groß wie das Verbandsgebiet Hannover. Die Schaffung eines regionalen Verkehrsverbandes ist nicht zuletzt deswegen ungleich schwieriger als in Hannover, jedoch deswegen nicht weniger notwendig.

Weitsichtige Kommunal- und Landespolitiker haben deswegen die Neubildung eines Verbandes Großraum Braunschweig in den vergangenen 15 Jahren niemals aus dem Auge verloren. Zu hoffen ist, daß bei nicht wenigen, sicher nicht bei allen CDU-Politikern, die Einsicht eingekehrt ist, daß die Auflösung des Verbandes Großraum Braunschweig 1976 eine Überreaktion gewesen ist, die weder im regionalpolitischen Interesse Braunschweigs noch im landespolitischen Interesse Niedersachsens gelegen hat.

Klar war in den vergangenen 15 Jahren immer, daß es in Niedersachsen eines Regierungswechsels bedurfte, um zu einer Neuaufgabe des Verbandes zu kommen. CDU und FDP waren in der Vergangenheit zu sehr in ihre Vorbehalte gegenüber niedersächsischer Regionalpolitik verstrickt, als daß sie fähig und bereit gewesen wären, ihren Auflösungsbeschuß von 1976 zu revidieren.

Das Ergebnis der Landtagswahl am 13. Mai 1990 bot darum die erste Gelegenheit durch eine SPD/-Grüne-Koalition, die Neubildung des Verbandes Braunschweig anzupacken.

Der Bezirksverband der SPD Braunschweig hat unmittelbar nach der Landtagswahl eine Kommission gebildet, die Grundsätze für die Neubildung des Verbandes Braunschweig auszuarbeiten und der SPD-Landtagsfraktion zuleiten sollte.

Parallel dazu wurde in der Koalitionsvereinbarung für die Landespolitik der Jahre bis 1994 zwischen SPD und Grüne die Schaffung eines Verbandes Großraum Braunschweig aufgenommen.

Die Kommission des SPD-Bezirks Braunschweig bestand weitgehend aus Genossinnen und Genossen, die schon Mitglieder der Verbandsversammlung des ersten Verbandes Großraum Braunschweig gewesen waren. Die Kommission mußte deswegen, um was es ging und was sie wollte. So genützte eine Sitzung, um die Grundkonzeption des zweiten Verbandes zu erarbeiten.

Bereits am 21. Mai 1990 habe ich dem Bezirksvorsitzenden folgendes Ergebnis der Arbeit der Kommission mitgeteilt:

1. Es soll ein Verband Großraum Braunschweig mit dem Sitz in Braunschweig errichtet werden.
2. Der Verband soll eine öffentlich-rechtliche Körperschaft mit dem Recht der Selbstverwaltung sein. Er soll Kommunalverband sein und Dienstherrenfähigkeit besitzen. Seine Organe sollen Verbandsversammlung, der Verbandsausschuß und der Verbandsdirektor sein.

3. Der Verbandsbereich soll sich aus den Verbandsmitgliedern der Stadt Braunschweig, der Stadt Salzgitter, der Stadt Wolfsburg, den Landkreisen Helmstedt, Gifhorn, Peine und Wolfenbüttel zusammensetzen.

Die Kommission hat über eine Hinzunahme des Landkreises Goslar in das Verbandsgebiet diskutiert. Wegen der noch offenen Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Problematik, von der auch der Harz in seiner Gesamtheit wesentlich berührt wird, sieht die Kommission heute von einem definitiven Vorschlag, Hinzunahme des Landkreises Goslar ja oder Nein, ab.

Der Beitritt zum Verband sollte dem Landkreis Goslar viel mehr anheim gestellt werden, wenn er dies nach endgültiger Regelung der deutsch-deutschen Fragen für wünschenswert oder notwendig hält.

4. Der Verband kann Gebühren und Umlagen im Rahmen der Gesetze erheben.

5. Der Verband soll Satzungsgewalt erhalten.

6. Der Verband soll Träger der Regionalplanung sein.

Er soll federführend tätig sein für die Umweltverträglichkeitsprüfung von Maßnahmen mit regionaler Bedeutung.

Er soll zuständig sein für die Vernetzung der von den Verbandsmitgliedern aufzustellenden Landschaftsrahmenpläne.

Er soll ferner zuständig sein für die Planung und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbandsgebiet.

Weiter soll der Verband die Zuständigkeit für die Planung und den Betrieb von Einrichtungen der Abfallwirtschaft mit regionaler Bedeutung erhalten.

7. Hinsichtlich der Aufgaben des übertragene Wirkungskreises, die im alten Gesetz über die Errichtung eines Verbandes Großraum Braunschweig unter § 9 genannt werden, soll nur der Absatz 2 übernommen werden. Er lautet: "Dem Verband können weitere staatliche Aufgaben durch Verordnung des Landesministers zugewiesen werden, soweit dies für die Erfüllung der Verbandsaufgaben förderlich ist."

8. Hinsichtlich der inneren Verbandsverfassung, hier Bildung der Verbandsversammlung, ist der Ausschub der Auffassung, daß wie beim "alten" Verband Großraum Braunschweig, das Entscheidungsprinzip Anwendung finden sollte. Also keine Direktwahl der Mitglieder der Verbandsversammlung!

Inzwischen ist die Diskussion weitergegangen. Nicht alles, was die Kommission vorgeschlagen hat, wird buchstabengetreu in den Gesetzentwurf, den der Landtag noch 1991 beraten soll, übernommen werden. Im wesentlichen jedoch wird der Kommissionsvorschlag das Gerüst für den Status und für die Aufgaben des künftigen Verbandes sein.

Daß der Verband die Zuständigkeit für die Planung des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbandsgebiet bekommt, gilt als feststehend. Offen ist die Durchführung des ÖPNV, worunter nach allgemeinem Sprachverständnis ja wohl die Trägerschaft des ÖPNV zu verstehen ist.

Die Zuständigkeit für Aufgaben der Abfallwirtschaft müssen dem Verband nicht sofort bei seiner Gründung gegeben werden. Daß dieses Problem regional gelöst werden muß, gilt allerdings als sicher. Man kann deswegen wohl darauf vertrauen, daß die Verbandsmitglieder hierüber zu einer einheitlichen Auffassung gelangen und den Verband mit Aufgaben der Abfallwirtschaft in Übereinstimmung betrauen. Auch der Landtag und die Landesregierung haben selbstverständlich die Möglichkeit, dem Verband weitere, im Sinne der braunschweigischen Regionalpolitik für nötig erachtete Aufgaben zu übertragen.

Der Bezirksvorsitzende hat in einer Stellungnahme zur bevorstehenden Neugründung des Verbandes Großraum Braunschweig gesagt: "Den Mitgliedern des Verbandes dürfe das eigene Profil nicht genommen werden."

Dem ist zuzustimmen.

Der Verband wird dann erfolgreich sein und von den Verbandsmitgliedern vorbehaltlos getragen werden, wenn er sich als Einrichtung der Region und damit als braunschweigischer Verband versteht.

Den Genossinnen und Genossen, die als Mitglieder der Kommission am Verbandsentwurf mitgearbeitet haben, sage ich herzlichen Dank.

Helmuth Bosse

## Bericht über die Seniorenarbeit

Vorbemerkung: Wenn im Jahresbericht 1988/89 gesagt wurde, daß die Seniorenpolitik in und mit der SPD nicht nur im Bereich der Sozialpolitik stattfinden kann, sondern auch von gesellschaftspolitischer Bedeutung ist, so hat sich dies in den vergangenen zwei Jahren sehr deutlich bewahrheitet.

Im Ringen um die Gunst der Wählerinnen und Wähler im Bereich der älteren Menschen haben wir eine Zeit erleben können. Unsere politischen Gegner behaupten - jeder für sich - die einzigen Interessenvertreter der älteren Menschen in ihren Anliegen und Bedürfnissen zu sein. Lauthals haben sie in ihren Aussagen Position für ältere Menschen bezogen und Zukunftsbilder gemalt, die aber bei der Durchsetzung in der politischen Arbeit auf der Strecke blieben. Bei Wahlen hat sich dann gezeigt, wie Senioren und Seniorinnen ihnen auf den Leim gegangen sind. Die Auswertung des Wahlergebnisses macht deutlich, daß sie gerade im Bereich der über 60jährigen eine erhebliche Zustimmung erfahren haben.

Das, was aber die Politik der amtierenden Regierung zum Nachteil der älteren Menschen bewirkt hat, muß sich viel mehr in das Bewußtsein der Betroffenen einprägen. Hier haben wir eine immense Arbeit zu leisten. Wir müssen auch viel mehr deutlich machen, daß die Auswirkungen der Bundespolitik zur Kürzung der Gemeindehaushalte geführt haben und damit auch weniger kommunale Leistungen für ältere Menschen erbracht werden können.

Nachdem nun auch Frau Unruh ihr Herz für die älteren Menschen entdeckt hat, haben wir sogar eine Partei der "Alten" dazu bekommen.

Diese beide Gruppierungen sind vermessener, den "Alleinvertretungsanspruch" für ältere Menschen für sich zu reklamieren. Das können und dürfen wir nicht tatenlos hinnehmen. Parteienintern haben wir bei der Seniorenarbeit eine Menge auf den Weg gebracht. Dabei ist deutlich geworden, was es zu tun gilt, wenn Politik für die "Älteren" gestaltet werden soll.

Unter den Arbeitstiteln:

- Lebenswandel im Alltag - Perspektiven politischer Arbeit von Älteren
- Seniorenarbeit und Parteilieben - Chancen für alle
- Lebendiger Ortsverein - Politik umsetzen
- Sozialdemokratische Seniorenpolitik - Anforderungen an die Zukunft
- Junge Alte - Potential für neue gesellschaftliche Aufgaben?
- Raum zum Leben - Wohnformen und Wohnumwelt gestalten

wurden Ansatzpunkte und Perspektiven für die Seniorenarbeit deutlich gemacht und Vorstellungen der Älteren über ihre zukünftige Rolle in der politischen Arbeit und das Zusammenleben und -wirken der Generationen vermittelt.

Mit der innerorganisatorischen Arbeit sind wir nun nach 10jähriger Kleinarbeit zu einem guten Abschluß gekommen. Der Gedanke, eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft einzurichten, ist abgewehrt worden. Zwei Bundesparteitage haben sich mit der Ausgangsposition zur Seniorenarbeit, mit den Fragen von Ursache und Wirkung und den daraus konsequenterweise notwendigen Schlußfolgerungen befaßt und dem Parteivorstand die dazu erforderlichen Arbeitsaufträge erteilt. Der Parteivorstand hat in der Zwischenzeit diese Arbeitsaufträge erfüllt und die Richtlinien zur Seniorenarbeit beschlossen. Es liegt nun an den Gliederungen, diese Richtlinien umzusetzen und sie mit Leben anzufüllen, das in Kürze jeder dritte Bürger über 60 Jahre alt ist, wir also mehr als ein Drittel Anteil an der Wählerschaft darstellen, muß unser Bemühen sich besonders darauf einstellen. Im Rahmen der Bundesveranstaltung im Mai 1989 fand aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Seniorenarbeit in der SPD im Haus des Parteivorstandes ein Seniorenball statt. Die Einmaligkeit einer solchen Veranstaltung im Haus des Parteivorstandes macht auch deutlich, daß der Parteivorstand dieser Seniorenarbeit seine besondere Aufmerksamkeit widmet. In der Begrüßungsansprache hat Jochen Vogel dieses auch entsprechend herausgestellt. Seniorenarbeit in der SPD kann und darf sich nicht nur auf die Betreuung reduzieren. Seniorenarbeit in der SPD heißt mitgestalten durch Mitwirkung, Beteiligung bei dem Bemühen um die Problemlösungen zugunsten der Alten. Und da haben wir ein weites Arbeitsfeld.

Vom November 1988 bis zum Februar 1990 war Günter Brinker, Goslar, als Seniorenbeauftragter des Bezirks Braunschweig tätig. Aus persönlichen Gründen (Krankheit) stellte Günter Brinker im Februar 1990 sein Amt zur Verfügung. Er hat diese Arbeit mit viel Zeitaufwand, Engagement und Überzeugung durchgeführt. Wer Günter Brinker kennt weiß, wie gern er dieses Ehrenamt hatte. Herzlichen Dank.

Der Bezirksvorstand hat mich in seiner Sitzung am 9. März 1990 zum Seniorenbeauftragten des Bezirks Braunschweig gewählt. Von diesem Zeitpunkt an wurde ich zu den Bezirksvorstandssitzungen als kooptiertes Mitglied eingeladen. Das gleiche geschieht zu den Zusammenkünften der Seniorenbeauftragten beim Parteivorstand.

Die UB-Seniorenbeauftragten treffen sich alle zwei Monate. Am 14.06.1990 eine gemeinsame Sitzung in Magdeburg mit den Genossen des Landesbezirks Magdeburg. Von diesem Tage an nimmt der Genosse Manfred Hubert, Magdeburg, als Gast an unseren Sitzungen teil.

Die UB-Seniorenbeauftragten machen in ihrem Bezirk eine recht gute Arbeit und haben trotzdem an den Bezirksparteitag einige Wünsche.

Nach 10 Jahren intensiver Arbeit haben wir in der Partei endlich Richtlinien für die politische Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren bekommen. Die bundesweite Verbreitung der Richtlinien hat den erwarteten Erfolg noch nicht gebracht. Im Gegenteil, noch müssen die Aktiven in der Seniorenarbeit auf allen Ebenen der Partei um Zustimmung und Anerkennung kämpfen.

Wir verlangen Unterstützung von den Funktionärinnen in den Vorständen und Fraktionen für unser Wirken, keine unbestimmten Aufmunterungen. Vielmehr sollen sich die Vorstände in ihrer Arbeit verpflichten fühlen, der Seniorenarbeit in der Partei mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Auch gegenüber den Arbeitsgemeinschaften soll das Bewußtsein um dieses Arbeitsfeld geschärft werden. "Solidarität der Generationen" ist keine Leerformel. Sie muß in der praktischen Parteilarbeit umgesetzt werden.

Wir wünschen uns, daß alle Vorstände und Funktionäre die Wichtigkeit der Seniorenarbeit für unsere Partei erkannt haben und uns voll in unserer ehrenamtlichen Arbeit unterstützen.

Wolfgang Pleitner  
Seniorenbeauftragter des Bezirks Braunschweig

## Adressen und Anschriften

### Mitglied des Europaparlaments

Leyla Onur, Georg-Westermann-Allee 61, 3300 Braunschweig

### Mitglied des Bundestages

Dr. Peter Eckhardt, Lärchenweg 9, 3380 Goslar  
Dr. Fritz Gautier, Kleine Schützenstraße 4, 3150 Peine  
Dr. Edith Niehuis, Sperbering 28, 3412 Nörten-Hardenberg  
Wilhelm Schmidt, Eilenweg 9 A, 3320 Salzgitter 31  
Bodo Seidenthal, Teichstraße 6 a, 3308 Königslutter-Rhode

### Mitglied des Landtages

Rolf-Dieter Backhauf, Am Wallgarten 37 a, 3338 Schöningen  
Ulrich Biel, Elsterweg 20, 3150 Peine  
Dr. Wolfgang Domröse, An der Post 2, 3362 Bad Grund  
Sigmar Gabriel, Nonnenweg 4, 3380 Goslar  
Gerhard Glogowski, Westerstr. 29 a, 3300 Braunschweig  
Irmela Hammeistein, Am Mühlengraben 24, 3180 Wolfsburg  
Werner Kirschner, Ostlandstr. 23, 3152 Ilsede 1  
Peter Kopischke, Steinbühlstr. 117, 3370 Seesen  
Marion Lau, Wunderbühl Nr. 17, 3120 Wittlingen  
Karl-Heinz Mühe, Harzblick 10, 3307 Schöppenstedt  
Peter-Jürgen Schneider, Moränenweg 33, 3320 Salzgitter 1  
Friedhelm Schuricht, Brentanostr. 7, 3300 Braunschweig

Dr. Fritz Gautier, Kleine Schützenstraße 4, 3150 Peine  
Gerhard Glogowski, Weserstraße 29 a, 3300 Braunschweig  
Dr. Marianne Horstkötter, Brennerpaß 5, 3122 Hankensbüttel  
Peter Kopischke, Steinbühlstraße 117, 3370 Seesen  
Leyla Onur, Georg-Westermann-Allee 61, 3300 Braunschweig

### Mitglied des Parteirates

Gerhard Glogowski, Westerstr. 29 a, 330 Braunschweig  
Ulrike Block, Bruchbergweg 16, 3300 Braunschweig  
Gert Metell, Auf der Graube 5, 3320 Salzgitter 1

## Geschäftsstellen im Bezirk Braunschweig

SPD-Bezirk, Schloßstr. 8/III, Postfach 4261, 3300 Braunschweig  
Fernruf (05 31) 4 80 98-0, Telefax 4 80 98-50.  
Bezirksvorsitzender: Gerhard Glogowski, Weserstr. 29 a,  
3300 Braunschweig. Geschäftsführer: Rolf-Dieter Backhauf,  
Kasse: Henning Schridde, Bildung: Ernst Steschulat bis 31.03.91

SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstr. 8, 3300 Braunschweig  
Fernruf (05 31) 480 98-21.  
Vorsitzender: Klaus-Dieter Kühbacher, Schunterstr. 57,  
3300 Braunschweig. Geschäftsführer: Volker Taube

SPD-Unterbezirk Gifhorn, Braunschweiger Str. 19, 3170 Gifhorn  
Fernruf (053 71) 36 55. Vorsitzender: Hans-Joachim Schreiner,  
Lisztstr. 66, 3170 Gifhorn. Geschäftsführer: Siegfried Matzat bis 31.3.91

SPD-Unterbezirk Goslar, Breite Straße 8, 3380 Goslar  
Fernruf (0 53 21) 2 36 11. Vorsitzender: Peter Kopischke,  
Steinbühnstraße 117, 3370 Seesen. Geschäftsführer: Hans-Rainer Strang  
ab 01.04.91 gemeinsames Büro: Unterbezirke Goslar und Osterode  
am Harz, Sägemüllerstr. 42, 3392 Clausthal-Zellerfeld, Telefon (0 53 23) 45 40

SPD-Unterbezirk Helmstedt, Schuhstr. 24, 3330 Helmstedt  
Fernruf (0 53 51) 22 03. Vorsitzender: Hans-Hermann Wendhausen  
Sonnenweg 1, 3330 Helmstedt. Geschäftsführer: Volker Lagemann

SPD-Unterbezirk Osterode am Harz, Berliner Straße 3,  
3360 Osterode, Fernruf (0 55 22) 66 76,  
Vorsitzender: Peter Heym, Hauptstr. 21, 3421 Elbingenode.  
Geschäftsführer: Ernst Steschulat (bis 31.03.91); ab 01.04.91:  
Hans-Rainer Strang  
ab 01.04.91 gemeinsames Büro: Unterbezirke Goslar und Osterode  
am Harz, Sägemüllerstr. 42, 3392 Clausthal-Zellerfeld, Telefon (0 53 23) 45 40

SPD-Unterbezirk Peine, Kleine Schützenstraße 4, 3150 Peine  
Fernruf (0 51 71) 1 26 94. Vorsitzender: Dr. Fritz Gautier,  
Kleine Schützenstraße 4, 3150 Peine, Geschäftsführer: Siegfried Matzat bis 31.3.91

SPD-Unterbezirk Salzgitter, An der Windmühle 2 B,  
3320 Salzgitter, Fernruf (0 53 41) 4 30 82. Vorsitzender: Gerd Metell,  
Auf der Graube 5, 3320 Salzgitter 1, Geschäftsführer: Hans-Ulrich Nitschke

SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel, Mullenweberstraße 1 a,  
3340 Wolfenbüttel, Fernruf (0 53 31) 4 60 97/98.  
Vorsitzender: Helmuth Bosse, Elmstr. 8, 3307 Schöppenstedt,  
Geschäftsführer: Hans-Ulrich Nitschke

SPD-Unterbezirk Wolfsburg, Hugo-Junkers-Weg 1, 3180 Wolfsburg  
Fernruf (0 53 61) 1 51 75. Vorsitzende: Imela Hammeistein,  
Am Mühlengraben 24, 3180 Wolfsburg 1. Geschäftsführer: Volker Lagemann

Ergebnisse der Europawahl 1989 nach kreisfreien Städten und Landkreisen mit  
Vergleichszahlen der Europawahl 1984

	1989	1984
<u>Braunschweig</u>		
CDU	41.984	47.153
SPD	52.822	49.062
Grüne	13.135	9.754
F.D.P.	7.357	5.273
<u>Salzgitter</u>		
CDU	17.428	20.316
SPD	26.322	25.620
Grüne	2.818	2.912
F.D.P.	1.813	1.457
<u>Wolfsburg</u>		
CDU	22.389	25.490
SPD	26.456	21.415
Grüne	4.085	3.906
F.D.P.	2.664	2.095
<u>Landkreis Gifhorn</u>		
CDU	25.956	30.579
SPD	25.621	21.111
Grüne	4.965	4.450
F.D.P.	3.621	2.916
<u>Landkreis Goslar</u>		
CDU	29.167	33.529
SPD	34.374	33.149
Grüne	4.537	4.439
F.D.P.	4.443	3.296

Ergebnisse Landtagswahl 1990 Erst- und Zweitstimmen (erstmalig 1990)  
mit Vergleichszahlen der Landtagswahl 1986

Landkreis Helmstedt

	1990	1986
CDU	19.010	21.924
SPD	21.906	20.233
Grüne	2.691	2.648
F.D.P.	1.948	1.694

Landkreis Osterode am Harz

	1990	1986
CDU	14.933	18.116
SPD	21.303	21.411
Grüne	2.462	2.551
F.D.P.	2.096	1.658

Landkreis Peine

	1990	1986
CDU	19.923	23.420
SPD	31.437	30.431
Grüne	3.713	3.625
F.D.P.	2.487	1.938

Landkreis Wolfenbüttele

	1990	1986
CDU	22.418	25.406
SPD	27.481	25.475
Grüne	4.029	3.607
F.D.P.	2.894	2.309

Mitglied des Europäischen Parlaments: Leyla Onur

MK 1 - Braunschweig-Nordost

	1990	1986
CDU	16.152	16.245
	14.849	
SPD	15.794	14.047
	15.356	
Grüne	2.558	3.681
	3.030	
F.D.P.	1.926	2.312
	2.722	

MK 2 - Braunschweig-Südost

	1990	1986
CDU	16.754	17.192
	15.728	
SPD	15.862	15.002
	15.454	
Grüne	1.928	2.714
	2.112	
F.D.P.	1.756	2.045
	2.473	

MK 3 - Braunschweig-Südwest  
Friedhe im Schuricht

	1990	1986
CDU	15.598	16.270
	14.953	
SPD	19.359	18.506
	19.270	
Grüne	2.326	2.656
	2.204	
F.D.P.	1.640	1.483
	1.939	

MK 4 - Braunschweig-Nordwest  
Gerhard Glogowski

	1990	1986
CDU	15.084	15.353
	14.520	
SPD	18.035	16.359
	17.064	
Grüne	1.924	2.570
	2.103	
F.D.P.	1.439	1.928
	2.222	

WK 5 - Peine  
Ulrich Biel

CDU	13.697 13.374	39.7% 38.6%	14.052	39.0%	ø	18.453 18.494	47.5% 47.4%	20.643	50.8%
SPD	17.738 17.355	51.5% 50.0%	18.439	51.2%		17.046 16.494	43.8% 42.3%	16.409	40.4%
Grüne	1.755 1.482	5.1% 4.3%	1.775	4.9%		1.152 1.167	3.0% 3.0%	1.528	3.8%
F.D.P.	1.285 1.498	3.7% 4.3%	1.594	4.4%		1.819 1.957	4.7% 5.0%	1.855	4.6%

WK 6 - Peine-Land  
Werner Kirschner

CDU	15.688 15.500	40.3% 39.6%	16.320	40.5%		19.515 18.686	47.6% 45.6%	19.025	47.1%
SPD	19.121 19.413	49.1% 49.5%	20.240	50.2%		17.711 17.620	43.2% 43.0%	16.997	42.1%
Grüne	2.070 1.775	5.3% 4.5%	1.921	4.8%		1.718 1.767	4.2% 4.3%	2.308	5.7%
F.D.P.	1.354 1.599	3.5% 4.1%	1.649	4.1%		1.366 1.936	3.3% 4.7%	1.835	4.5%

WK 7 - Gifhorn-Süd

CDU	22.551 21.476	49.4% 46.9%	21.676	48.6%		18.483 18.070	46.0% 45.0%	19.664	45.9%
SPD	18.961 17.916	41.5% 39.2%	17.329	38.9%		18.625 17.967	46.4% 44.7%	19.077	44.5%
Grüne	2.178 2.496	4.8% 5.5%	2.970	6.7%		1.387 1.580	3.5% 3.9%	2.453	5.7%
F.D.P.	1.983 2.567	4.3% 5.6%	2.364	5.3%		1.104 1.547	2.7% 3.9%	1.414	3.3%

WK 8 - Gifhorn-Nord  
Marion Lau \*

CDU	20.337 21.211	46.7% 48.7%	22.153	51.1%		21.297 20.279	48.4% 46.1%	22.056	49.2%
SPD	17.920 16.782	41.2% 38.5%	16.407	37.8%		18.860 18.362	42.9% 41.7%	17.638	39.4%
Grüne	1.570 1.872	3.6% 4.3%	2.148	5.0%		1.823 2.050	4.1% 4.7%	2.666	6.0%
F.D.P.	3.277 2.579	7.5% 5.9%	2.476	5.7%		1.687 2.508	3.8% 5.7%	2.267	5.1%

WK 9 - Helmstedt  
Rolf-Dieter Backhaub \*

CDU	18.453 18.494	47.5% 47.4%	20.643	50.8%		18.453 18.494	47.5% 47.4%	20.643	50.8%
SPD	17.046 16.494	43.8% 42.3%	16.409	40.4%		17.046 16.494	43.8% 42.3%	16.409	40.4%
Grüne	1.152 1.167	3.0% 3.0%	1.528	3.8%		1.152 1.167	3.0% 3.0%	1.528	3.8%
F.D.P.	1.819 1.957	4.7% 5.0%	1.855	4.6%		1.819 1.957	4.7% 5.0%	1.855	4.6%

WK 10 - Königs-Lutter

CDU	19.515 18.686	47.6% 45.6%	19.025	47.1%		19.515 18.686	47.6% 45.6%	19.025	47.1%
SPD	17.711 17.620	43.2% 43.0%	16.997	42.1%		17.711 17.620	43.2% 43.0%	16.997	42.1%
Grüne	1.718 1.767	4.2% 4.3%	2.308	5.7%		1.718 1.767	4.2% 4.3%	2.308	5.7%
F.D.P.	1.366 1.936	3.3% 4.7%	1.835	4.5%		1.366 1.936	3.3% 4.7%	1.835	4.5%

WK 11 - Wolfsburg  
Irmela Hamme Istein

CDU	18.483 18.070	46.0% 45.0%	19.664	45.9%		18.483 18.070	46.0% 45.0%	19.664	45.9%
SPD	18.625 17.967	46.4% 44.7%	19.077	44.5%		18.625 17.967	46.4% 44.7%	19.077	44.5%
Grüne	1.387 1.580	3.5% 3.9%	2.453	5.7%		1.387 1.580	3.5% 3.9%	2.453	5.7%
F.D.P.	1.104 1.547	2.7% 3.9%	1.414	3.3%		1.104 1.547	2.7% 3.9%	1.414	3.3%

WK 12 - Wolfenbüttel

CDU	21.297 20.279	48.4% 46.1%	22.056	49.2%		21.297 20.279	48.4% 46.1%	22.056	49.2%
SPD	18.860 18.362	42.9% 41.7%	17.638	39.4%		18.860 18.362	42.9% 41.7%	17.638	39.4%
Grüne	1.823 2.050	4.1% 4.7%	2.666	6.0%		1.823 2.050	4.1% 4.7%	2.666	6.0%
F.D.P.	1.687 2.508	3.8% 5.7%	2.267	5.1%		1.687 2.508	3.8% 5.7%	2.267	5.1%

WK 13 - Schöppenstedt  
Karl-Heinz Mühle

CDU	19.454 19.096	40.8% 39.9%	21.335	42.6%	14.071	12.780 12.520	47.5% 46.3%	14.071	49.3%
SPD	25.196 24.421	52.9% 51.1%	24.760	49.5%	11.626	11.344 11.283	42.2% 41.7%	11.626	40.7%
Grüne	1.658 1.574	3.5% 3.3%	1.991	4.0%	1.172	1.453 935	5.4% 3.5%	1.172	4.1%
F.D.P.	1.353 1.756	2.8% 3.7%	1.768	3.5%	1.596	1.320 1.472	4.9% 5.4%	1.596	5.6%

WK 14 - Salzgitter  
Peter-Jürgen Schneider

CDU	16.946 16.521	38.5% 37.5%	18.832	40.5%	17.635	16.072 16.207	41.4% 41.5%	17.635	43.1%
SPD	24.018 23.189	54.6% 52.6%	24.092	51.9%	19.127	19.318 18.966	49.8% 48.6%	19.127	46.8%
Grüne	1.703 1.719	3.9% 3.9%	2.005	4.3%	1.891	1.399 1.195	3.6% 3.1%	1.891	4.6%
F.D.P.	1.312 1.554	3.0% 3.5%	1.337	2.9%	2.076	2.013 1.745	5.2% 4.5%	2.076	5.1%

WK 15 - Seesen  
Peter Kopischke

CDU	14.805 14.307	41.6% 40.0%	15.334	42.4%	21.248	21.369 20.217	59.6% 56.3%	21.248	58.1%
SPD	17.270 17.72	48.5% 47.8%	17.198	47.6%	12.318	12.287 12.647	34.3% 35.2%	12.318	33.7%
Grüne	1.829 1.433	5.1% 4.0%	1.739	4.8%	1.640	1.133 1.071	3.2% 3.0%	1.640	4.5%
F.D.P.	1.692 1.876	4.8% 5.2%	1.719	4.8%	1.246	1.048 1.307	2.9% 3.6%	1.246	3.4%

WK 16 - Goslar  
Sigmар Gabriel

CDU	14.050 14.086	42.7% 42.5%	15.725	45.3%					
SPD	15.263 14.617	46.4% 44.1%	14.899	43.0%					
Grüne	1.476 1.390	4.5% 4.2%	1.813	5.2%					
F.D.P.	2.120 2.008	6.4% 6.1%	2.059	5.9%					

\* gewählt über Landesliste

Ergebnisse der Bundestagswahl 2. Dezember 1990  
Erst- und Zweitstimmen sowie Vergleichszahlen von 1987

o

Bundestagswahlkreis 40 - Gifhorn-Peine  
Dr. Fritz Gautier \*

	1990	1987	
CDU	80.224 76.991	76.849 71.403	45.8% 42.5%
SPD	67.514 64.008	75.556 73.541	45.0% 43.7%
F.D.P.	9.351 14.870	5.744 12.457	3.4% 7.4%
Grüne	6.675 5.907	8.145 9.372	4.9% 5.6%

Bundestagswahlkreis 44 - Salzgitter-Wolfenbüttele  
Wilhelm Schmidt

CDU	65.794 65.745	66.154 63.242	43.3% 41.4%
SPD	65.853 59.774	75.155 71.388	49.2% 46.7%
F.D.P.	6.010 11.247	3.718 9.207	2.4% 6.0%
Grüne	4.495 4.562	6.478 7.764	4.2% 5.1%

Wahlkreis 45 - Braunschweig

CDU	72.130 69.745	73.501 67.858	43.9% 40.4%
SPD	64.540 62.329	72.723 70.300	43.4% 41.9%
F.D.P.	11.310 17.436	5.934 14.310	3.5% 8.5%
Grüne	9.982 8.816	11.251 14.232	6.6% 8.5%

Wahlkreis 46 - Helmstedt-Wolfesburg  
Bodo Seidenthal \*

CDU	71.336 70.019	50.6% 49.6%	69.947 66.359	47.7% 45.2%
SPD	54.152 51.908	38.4% 36.8%	62.146 62.058	42.4% 42.3%
F.D.P.	7.081 10.969	5.0% 7.8%	5.185 9.023	3.5% 6.1%
Grüne	5.614 4.471	4.0% 3.2%	7.325 7.689	5.0% 5.2%

Wahlkreis 47 - Goslar  
Dr. Peter Eckardt \*

CDU	57.658 55.806	47.9% 46.2%	58.198 55.068	46.0% 43.4%
SPD	48.288 46.172	40.1% 38.2%	55.883 54.680	44.1% 43.1%
F.D.P.	8.588 12.071	7.1% 10.0%	5.891 9.657	4.7% 7.6%
Grüne	5.032 3.492	4.2% 2.9%	5.654 6.473	4.5% 5.1%

Wahlkreis 48 - Northeim Osterode  
Dr. Edith Niehuis

CDU	60.596 57.092	43.7% 41.1%	62.219 57.479	42.5% 39.2%
SPD	64.982 61.516	46.8% 44.2%	71.906 69.590	49.2% 47.5%
F.D.P.	6.891 12.691	5.0% 9.1%	4.764 10.698	3.3% 7.3%
Grüne	4.373 4.635	3.2% 3.3%	6.571 7.934	4.5% 5.4%

\* gewählt über Landesliste